

Rudolf Speth

***Steuern, Schulden und Skandale
Für wen spricht
der Bund der Steuerzahler?***

Arbeitspapier 161

Steuern, Schulden und Skandale Für wen spricht der Bund der Steuerzahler?

Rudolf Speth

Dr. Rudolf Speth, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Privatdozent am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Publikationen: Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden 2003; Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden 2006; Advokatorische Think Tanks, Berlin 2006).

Impressum

Herausgeber: **Hans-Böckler-Stiftung**
Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 77 78-108
Fax: (02 11) 77 78-283
E-Mail: Erika-Mezger@boeckler.de

Redaktion: Dr. Erika Mezger, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung
Best.-Nr.: 11161
Gestaltung: Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal
Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Düsseldorf, Juli 2008
€ 10,00

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	5
I. Einleitung	7
II. Historie und politischer Anspruch	9
1. Gründung und Entwicklung	9
2. Vergangene Querelen und Skandalisierungen	10
3. Der politische Anspruch	11
III. Strukturen	13
1. Die Bundesebene	13
2. Der Präsident Karl Heinz Däke	14
3. Die Affäre um das Gehalt des Präsidenten	15
4. Die 15 Landesverbände	16
5. Das Karl-Bräuer-Institut	18
6. Die Mitglieder	20
7. Die Mitgliederwerbung	21
8. Die Finanzen des Steuerzahlerbundes	22
IV. Politische und gesellschaftliche Strukturbedingungen	25
1. Die politökonomische Landschaft	25
2. Konkurrierende Organisationen: Bundes- und Landesrechnungshöfe	26
V. Positionen des Bundes der Steuerzahler	29
1. Kritik an der Politikfinanzierung	29
2. Steuer- und Haushaltspolitik	31
VI. Handlungs- und Aktionsformen	33
1. Symbolische Aktionen	33
2. Das Schwarzbuch	34
3. Dienstleistungen für die Mitglieder	35
4. Musterprozesse	36
VII. Beziehungen zu den Medien	39
VIII. Fazit und Problembereiche	43
Selbstdarstellung der Hans-Böckler-Stiftung	47

Zusammenfassung

1. Der Bund der Steuerzahler nimmt für sich in Anspruch, für alle Steuerzahler zu sprechen, seine Mitgliedschaft besteht aber überwiegend aus Kleingewerbetreibenden und Angehörigen freier Berufe. Diesen Gruppen gilt auch das Hauptaugenmerk seiner politischen Forderungen.
2. Nur durch die Zusammenarbeit mit der Hamburg-Mannheimer Versicherung konnte die Anzahl der Mitglieder auf 430.000 steigen. Seit 2001 verliert der Steuerzahlerbund netto jährlich 10.000 Mitglieder. Der Trend weist stabil nach unten, und der Verband hat kein Konzept, um ihn aufzuhalten.
3. Der Steuerzahlerbund ist ein harter Kritiker der gegenwärtigen Art und Weise der Politikfinanzierung. Dabei hat er insbesondere die politische Klasse in ihrer Gesamtheit ins Visier genommen, von der Einzelne gezielt skandalisiert werden. Der Steuerzahlerbund will darüber hinaus einen schlankeren Staatsapparat, weniger Geld für Parteien und weiteren Stellenabbau im öffentlichen Dienst.
4. In der Steuer- und Haushaltspolitik geht es neben der Steuervereinfachung vor allem um niedrige Steuersätze. Die Staatsquote soll auf unter 40 Prozent gedrückt werden. Weitere Privatisierungen auch in den Sozialversicherungen werden gefordert. Niedrige Steuersätze gelten als Allheilmittel: Sie würden die Leistungsbereitschaft fördern und dazu beitragen, das Problem der Steuerflucht zu lösen.
5. Der Steuerzahlerbund arbeitet sehr intensiv mit den Boulevardmedien zusammen. Es sind symbiotische Beziehungen zwischen ihm und den Journalisten dieser Medien zu beobachten, auf deren Bedürfnisse die eigenen Handlungsformen zugeschnitten sind.
6. Die starke Medienorientierung – u.a. plakative Vereinfachungen und die Politikerschelte – konterkarieren die lobbyistischen Anstrengungen des Steuerzahlerbundes. Er ist daher für die Politik nur bedingt ein Gesprächspartner.
7. Der Verband kann längst nicht mehr mit den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten mithalten. Das verbandseigene Karl-Bräuer-Institut vermag seine Aufgabe nur noch bedingt zu erfüllen; es hat den Anschluss an Entwicklungen in diesem Feld verpasst.
8. Die Governance-Strukturen des Steuerzahlerbundes weisen starke Defizite auf. Dies betrifft sowohl die Verbandsführung, die überwiegend in den Händen von Funktionären liegt, als auch die Transparenz des Verbandes, der als politischer Akteur Gemeinwohlziele für sich in Anspruch nimmt.
9. Karl Heinz Däke wird weiterhin Präsident bleiben und sich 2009 zur Wiederwahl stellen. Intern findet sich niemand, der das Amt übernehmen will. Damit werden die alten Strukturen zugunsten der mächtigen Landesfürsten stabilisiert, die sich in ihren Positionen eingerichtet haben.

I. Einleitung

Der Bund der Steuerzahler ist nach eigenen Angaben die „mitgliederstärkste Steuerorganisation der Welt“. Als solche erhebt er den Anspruch, die Bürgerinnen und Bürger, die dem Staat die finanziellen Mittel für sein Handeln in Form von Steuern zur Verfügung stellen, politisch zu vertreten. Damit ist der Steuerzahlerbund¹ eine politische Organisation ersten Ranges, die Mitsprache erstrebt und Einfluss ausüben will. Er sieht sich in der historischen Kontinuität mächtiger Steuerprotestbewegungen, die politische Beteiligungsrechte einklagen wollten und nicht selten politische Umwälzungen herbeiführten. Der Steuerzahlerbund droht nun nicht mit Revolution, sondern fordert niedrige Steuersätze und ein einfacheres Steuersystem im Namen aller Steuerzahler. Damit erhebt er für sich den Anspruch, für eine heterogene und kaum zu organisierende Gruppe wie „die Steuerzahler“ zu sprechen. Diese ist nur schwer zu organisieren, selbst wenn eine gemeinsame Basis mit der Forderung nach einem einfachen Steuersystem besteht, doch bereits die Höhe der Steuersätze ist sehr umstritten. Hinzu kommt, dass in einer solchen Gruppe kaum jemand bereit ist, die notwendigen Mitgliedsbeiträge für die Organisation zu entrichten. Der Steuerzahlerbund hat es dennoch geschafft, seine Stimme im Namen dieser diffusen Gruppe erheben zu können. Traditionelle Organisationen verschaffen sich Legitimation durch eine breite Mitgliederbasis, und der Steuerzahlerbund kann heute mehr als 300.000 Mitglieder vorweisen. Allerdings wäre er ohne die Zusammenarbeit mit der Hamburg-Mannheimer Versicherung ein kleiner Verband mit einigen zehntausend Mitglieder geblieben.

Der Anspruch, als Gemeinwohlakteur Einfluss auf die steuer- und finanzpolitischen Entscheidungen des Staates – bei Bund, Ländern und Kommunen – auszuüben, macht den Steuerzahlerbund zu einem ernst zu nehmenden politischen Akteur. Er kann zwar nicht, wie die Parteien, an der formellen Willensbildung mitwirken, sondern bleibt ein lobbyistischer Akteur unter vielen. Es ist daher von besonderer Bedeutung, die verbandlichen Strukturen, die Mitgliedschaft und die Ressourcen eines solchen Verbandes genauer zu analysieren, da in der Regel der selbstproklamatorische Anspruch, „für alle zu sprechen“, letztlich von den Interessen der Verbandsführung, der Mitglieder und den Gesetzen der massenmedialen Aufmerksamkeitsökonomie bestimmt wird.

Mit dem Fokus auf die Massenmedien ist eine weitere Grundkonstellation des Steuerzahlerbundes gegeben: Politisch möchte er ein Gegengewicht zum „Moloch Staat“ schaffen. In dieser Formulierung steckt zu einem bereits ein politisches Programm, womit sich der Steuerzahlerbund als Lobbyorganisation qualifiziert; für viele ist er eine legitime Schutzorganisation gegen den konfiskatorischen Zugriff des Steuerstaates.² Zum anderen pflegt der Steuerzahlerbund die Fähigkeit zur massenmedientauglichen, plakativen Zuspitzung. So war beispielsweise auf seiner Website der Slogan „Eichel, rück! die Kohle raus!“ zu lesen. Die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes konzentriert sich auf die Zusammenarbeit mit kampagnenstarken Boulevardmedien. Allerdings spielt er in der täglichen, inhaltlich bestimmten Lobbyarbeit eine untergeordnete Rolle. Vielmehr geht es ihm darum, seine Themen öffentlichkeitswirksam zu inszenieren. Damit gerät der Steuerzahlerbund in den Sog des Populismus und setzt sich Vorwürfen unseriöser Arbeit aus.

Die Datenerhebung für die vorliegende Studie beruht auf rund 25 längeren Interviews und Gesprächen, einer Auswertung der Schriften des Bundes der Steuerzahler sowie allen verfügbaren Internetquellen. Die Interviews wurden aufgezeichnet und liegen als Transkripte vor. Längere Interviews wurden u.a. mit der Verbandsführung des Steuerzahlerbundes auf Bundes- wie auf Länderebene geführt. Da viele der Interviewten darauf bestanden, nicht namentlich genannt zu werden, wurde auf Zitate gänzlich verzichtet.

1 Im Text wird überwiegend die Kurzform „Steuerzahlerbund“ anstelle der langen Organisationsbezeichnung „Bund der Steuerzahler“ verwendet.

2 Süddeutsche Zeitung, 03.08.2002, S. 2: „Bund der Besserverdiener“.

II. Historie und politischer Anspruch

1. Gründung und Entwicklung

Der Bund der Steuerzahler gehört zum Gründungsinventar der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings wurde er neu gegründet, im Gegensatz zu zahlreichen wiedererrichteten Interessenvertretungsorganisationen in der noch von autoritären Strukturen geprägten Anfangsphase der Republik.³ Am 8. Oktober 1949 wurde in Stuttgart der Bund der Steuerzahler aus der Taufe gehoben. Dieser Gründung folgten schon bald weitere Landesverbände, z.B. der bayerische, der einen Monat später, am 17. November 1949, konstituiert wurde. Hintergrund und Motiv für die Gründung waren Günter Schmolders bereits länger währende Beschäftigung mit Steuerzahlerbewegungen in anderen europäischen Ländern⁴ und in den USA sowie sein Gefühl der „konfiskatorischen Höhe der Gesamtsteuerbelastung“, insbesondere angesichts Weigerung der Länder und Gemeinden, ihre Haushaltspläne zu veröffentlichen. Gegen diese Politik der Geheimhaltung erkämpfte der Steuerzahlerbund das Prinzip der Publizität in der Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand.⁵ Die Scheu der Behörden vor Öffentlichkeit bot ein lohnendes Angriffsziel des jungen Verbandes, der sich schon zu Beginn ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge finanzierte. Spiegelbildlich zur Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik bildete der Steuerzahlerbund eine bis heute dominante föderalistische Struktur aus.

Ende 1950 konnte der Steuerzahlerbund bereits 50.000 Mitglieder verzeichnen. Karl Bräuer, Ordinarius für Wirtschafts- und Finanzwissenschaften an der Technischen Hochschule Dresden, prägte als Präsident den Verband in den 1950er Jahren entscheidend. Seine Nachfolge übernahm im Jahr 1961 Volkmar Muthesius, der bis 1971 das Amt innehatte. Willy Haubrachs fungierte zwischen 1971 und 1982 als Präsident. Sein Nachfolger war Armin Feit, der durch den jetzigen Präsidenten, Karl Heinz Däke, im Jahr 1994 abgelöst wurde.⁶ Däke ist seit seinem Studium in dieser Organisation tätig, zuerst im nordrhein-westfälischen Landesverband und später im Präsidium.

1965 wurde die wissenschaftliche Abteilung des Präsidiums in das neu geschaffene Karl-Bräuer-Institut überführt. Ziel der Institutsgründung war eine verbesserte Finanzierung durch Spenden sowie eine größere Eigenständigkeit der wissenschaftlichen Grundlagenabteilung. In den Jahren 1990 und 1991 wurden die Landesverbände in den neuen Bundesländern gegründet, die anfänglich über Quersubventionierungen durch die westdeutschen Landesverbände gefördert wurden. Die ostdeutschen Landesverbände stellen bis heute lediglich rund 30.000 Mitglieder (rund 10 Prozent der Gesamtmitgliedschaft); entsprechend schwach sind diese Landesverbände auch im Gefüge des Gesamtverbandes. Der späte Umzug des Präsidiums⁷ von Wiesbaden nach Berlin im Jahr 2005 hat den Steuerzahlerbund viel Kraft und Substanz gekostet, weil gutes Personal verloren ging. Und er brachte auch nicht den erhofften Schub an Präsenz auf der Berliner Bühne.

Insgesamt hat sich der Bund der Steuerzahler in der Gründungsphase des ersten Jahrzehnts und in der formativen Phase des zweiten Jahrzehnts der Bundesrepublik als ein Kritiker der mangelnden Sparsamkeit, der Aufgabenerweiterung des Staates und des wachsenden Personalbestandes der öffentlichen Hand etabliert. Damit hat er bereits sehr früh den „entarteten Staat“⁸ – also wachsende sozialstaatliche Leistungen und Wohlstandsbürger mit Leistungserwartungen – moniert. Gleichzeitig hat er, ebenfalls äußerst frühzeitig, die

3 Werner Stoye, Der Bund der Steuerzahler im Wandel der Zeit, in: Präsidium des Bundes der Steuerzahler, Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit. Chronik des Bundes der Steuerzahler, Wiesbaden 1983, S. 105 ff.

4 Günter Schmolders, Das Selbstverständnis von Steuerzahlerbewegungen im Ausland, in: Präsidium des Bundes der Steuerzahler, Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit. 50 Jahre Bund der Steuerzahler, Wiesbaden 1999, S. 11–33.

5 E.H. Kunze/K. Schelle, Der Bund der Steuerzahler, Kap. II: Die Geschichte des Bundes der Steuerzahler, Düsseldorf 1977.

6 Ein kurzes Intermezzo als Präsidentin hatte Susanne Tiemann. Sie bemühte sich relativ rasch um ein Bundestagsmandat und legte das Präsidentenamt wieder nieder.

7 Das Präsidium, die Präsenz des Bundes der Steuerzahler auf der Bundesebene, heißt heute „Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.“.

8 Stoye, Der Bund der Steuerzahler im Wandel der Zeit, S. 107.

Kontrolle der Politikfinanzierung als seine Aufgabe angesehen: eine moderne, von westlichen Demokratien-inspirierte Haltung.

2. Vergangene Querelen und Skandalisierungen

Im Sommer des Jahres 2002 sorgte eine Liste mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die dienstlich erworbene Bonusmeilen der Lufthansa privat genutzt hatten, für heftige öffentliche Aufregung. Die Politiker auf dieser Liste wurden ausgerechnet in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes von der Bild-Zeitung skandalisiert. Auffällig war, dass hiervon nur Politiker der rot-grünen Regierungskoalition betroffen waren, obwohl auch Abgeordnete der FDP und der CDU/CSU zu den privaten Nutzern der Bonusmeilen zählten. Diese Liste, die von einer zwischenzeitlich entlassenen Mitarbeiterin der Lufthansa erstellt worden war, hatte der Bund der Steuerzahler nach eigener Mitteilung im Herbst 2001 von einem anonymen Anrufer erhalten. Beim Bund der Steuerzahler war Axel Müller, der heute für die FDP-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag arbeitet, für das Thema Bonusmeilen verantwortlich und hatte hierzu recherchiert. Dieter Lau, damaliger Vizepräsident und Pressesprecher des Verbandes, erklärte, dass man einen starken Partner für die Veröffentlichung gebraucht habe, er sich aber nicht erklären könne, wie die Liste an die Bild-Zeitung geraten sei.

Die Süddeutsche Zeitung verurteilte die Veröffentlichung der Liste ausgerechnet in der heißen Phase des Wahlkampfes als „regelrechte Verschwörung“.⁹ Der Erste, der von der Bild-Zeitung skandalisiert wurde und anschließend zurücktrat, war der Abgeordnete des Bündnis 90/Der Grünen, Cem Özdemir. Ungeklärt ist bis heute, warum nur Abgeordnete der rot-grünen Koalition skandalisiert wurden, obwohl Dieter Lau erklärte, dass sich auf der Liste „Abgeordnete aller Parteien“¹⁰ fänden. Ganz offensichtlich hat der Steuerzahlerbund mit dieser Liste massiv in den Bundestagswahlkampf eingegriffen, denn sie lag bereits seit mehr als einem halben Jahr vor, ohne dass sie verwendet worden wäre. Vollkommen erholt von dieser politischen Intervention und ihren Folgen hat der Steuerzahlerbund sich bis heute nicht.

Im Jahr 2005 war dann der Steuerzahlerbund mit seinem Präsidenten Karl Heinz Däke selbst Gegenstand eines Skandals.¹¹ Däke wurde dafür kritisiert, dass er sein Einkommen aus drei unterschiedlichen Quellen bezieht und Transparenz bei sich selbst nicht übe, obwohl er diese stets bei anderen fordere. Däke erhält ein Gehalt als Präsident des Bundes der Steuerzahler, die Vergütung für seine Position als Vorstandschef des Karl-Bräuer-Instituts sowie eine Aufwandsentschädigung vom nordrhein-westfälischen Steuerzahlerbund. Hinzu kommen die Aufwandsentschädigungen für seine Funktion als Beirat der Hamburg-Mannheimer Versicherung. Alles in allem sind es rund 190.000 Euro, die Däke aus verschiedenen Quellen als Jahresgehalt bezieht. Ergebnis dieses Skandals war eine massive Austrittswelle und insgesamt eine erhebliche Schwächung des Gesamtverbandes, was ihm bis heute nachhängt. Nicht wenige hofften damals, Däke als Präsident ablösen zu können. Däke jedoch setzte sich bei der Wiederwahl im Mai 2005 erneut durch – wohl auch deshalb, weil niemand bereit war, gegen ihn anzutreten.

2005 geriet auch der Landesverband Berlin in einen Strudel der Skandale. Der damalige Landesvorsitzende Günter Brinker wurde beschuldigt, Gelder aus der Vereinskasse in seine Altersvorsorge umgeleitet zu haben.¹² Daraufhin kam es im Berliner Landesverband zu einem Machtkampf, in dessen Folge Brinker dann zurücktrat.¹³ Die juristischen Ermittlungen wurden zwar eingestellt, doch es erwies sich als äußerst schwierig, einem in die Jahre gekommenen Verein ein modernes Image zu geben und größeres Gewicht auf Transparenz und Dienstleistungsorientierung zu legen.¹⁴

9 Süddeutsche Zeitung, 03.08.2002, S. 2: „Bund der Besserverdiener“.

10 manager-magazin.de, 02.08.2002 (www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,207807,00.html).

11 manager-magazin.de, 21.03.2005 (www.manager-magazin.de/koepfe/artikel/0,2828,347506,00.html); Frankfurter Rundschau, 22.03.2005, S. 4: „Reichlich Häme für den ‚Saubermann der Nation‘“.

12 Der Spiegel, 13/2005, S. 37: „Drohen, giften, geifern“.

13 Berliner Zeitung, 17.02.2005: „Chef des Bundes der Steuerzahler wehrt sich gegen Vorwürfe. Ermittlung wegen Veruntreuung von 100.000 Euro“.

14 Der Tagesspiegel, 07.09.2006: „Neuanfang mit Hindernissen“ (www.tagesspiegel.de/berlin/art270,1903561).

3. Der politische Anspruch

Der Bund der Steuerzahler versteht sich seit seiner Gründung als das „Finanzgewissen der Nation“. Damit erhebt er den Anspruch, die Interessen sämtlicher Steuerzahler – einer sehr heterogenen Gruppe – zu vertreten, von denen er annimmt, dass sie alle einen sparsamen Staat wollen („Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit“). Diese Kontrollfunktion reicht dem Verband aber offensichtlich nicht aus, er hat auch einen darüber hinausgehenden politischen Anspruch. Und dieser drückt sich darin aus, dass eine „Steuerzahlerideologie“¹⁵ entwickelt werden soll, nach der die Bürgerinnen und Bürger als „Finanziers des Staates“ weitreichende Einflussmöglichkeiten erstreben. Der Steuerzahlerbund wäre demnach die politische Vertretung dieses „Finanziers“, die nachdrücklich einfordert, „in alle Entscheidungen der Steuer- und Finanzpolitik“ einbezogen zu werden. Als Repräsentant der Steuerzahler „personifiziert er gleichzeitig die anonyme Quelle der Steuergelder und zeigt auch die Grenzen der Besteuerung auf“.¹⁶

In den Satzungen der Landesverbände wird dieser politische Anspruch etwas weniger zugespitzt formuliert. So heißt es in der Satzung des Landesverbandes Baden-Württemberg, die Steuer und die Abgabenlast müssen „auf das Notwendige begrenzt“ werden; außerdem sollte der Gesetzgeber auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler Rücksicht nehmen. In den Satzungen wird ein einfaches, verständliches und übersichtliches Steuersystem gefordert, in der politischen Praxis erwächst daraus aber die Schwerpunktsetzung auf Steuer-senkung und Steuervereinfachung.

Der politische Anspruch des Steuerzahlerbundes wird des Weiteren dadurch unterstrichen, dass er sich als „parteilich neutrale Schutzvereinigung aller Steuerzahler“¹⁷ versteht und die „finanzpolitische Willensbildung“¹⁸ beeinflussen will. Damit ist der Steuerzahlerbund eine Lobbyorganisation, die sich gegen den konfiskatorischen Zugriff des Steuerstaates wehrt und weit über ihren Anspruch hinausgeht, für eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Steuern zu sorgen.

Das eigene Selbstverständnis, nämlich die „Belange aller Steuerzahler“ – eine Gruppe, die sich kaum organisieren lässt – wahrzunehmen, macht den Steuerzahlerbund zum Gemeinwohlakteur: eine geschickte Strategie, um eine bislang vakante Sprecherrolle im politischen Diskurs einzunehmen. Die Marke „Steuerzahlerbund“ schafft damit Aufmerksamkeit und Einfluss. Gleichzeitig verleitet sie aber auch dazu, dass das, was allen Steuerzahlern gemeinsam ist, von einer konkreten Organisation mit konkreten Akteuren formuliert wird, die in einem bestimmten Interessengeflecht handeln. Denn die Gruppe der Steuerzahler ist so diffus und heterogen, dass sie sich nicht wehren kann, wenn irgendjemand in ihrem Namen spricht.

15 Karl Heinz Däke, Der Bund der Steuerzahler: Einflussmöglichkeiten einer Organisation der Steuerzahler auf die Rationalität steuer- und finanzpolitischer Entscheidungen, Düsseldorf 1975, S. 227.

16 Ebenda.

17 www.steuerzahler-baden-wuerttemberg.de/webcom/show_article.php/_c-1307/_nr-1/_lkm-935/i.html

18 Däke, Der Bund der Steuerzahler, S. 233.

III. Strukturen

1. Die Bundesebene

Der Steuerzahlerbund ist aufgrund der alliierten Besatzungsbedingungen nach Ende des Zweiten Weltkrieges zuerst in den Ländern entstanden, erst danach wurde die Bundesebene installiert. Diese föderalen Bedingungen, die sich in der Mitgliederverwaltung und in den Finanzbeziehungen widerspiegeln, prägen die Verbandsstruktur bis heute. Die Bundesebene – der Bund der Steuerzahler Deutschland e.V. – wird von den Landesverbänden finanziert. Denn diese allein haben Mitglieder und verfügen deshalb auch über die Beitragseinnahmen. Die Finanzierung erfolgt über einen Schlüssel, der die Mitgliederzahl und die Höhe der Beitragseinnahmen berücksichtigt.

Die Bundesgeschäftsstelle in Berlin beschäftigt zwölf Mitarbeiter; das Karl-Bräuer-Institut, ebenfalls in Berlin angesiedelt, hat acht Mitarbeiter. In der Summe verfügt die Bundesebene damit über weniger Mitarbeiter als beispielsweise der Landesverband Nordrhein-Westfalen oder Bayern. Die Bundesgeschäftsstelle ist so organisiert, dass zwei Mitarbeiter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind, drei Mitarbeiterinnen betreuen den Bereich Steuerrecht und Steuerpolitik, und drei Mitarbeiter/innen kümmern sich um den Bereich Haushalts- und Finanzpolitik.

Bundesgeschäftsführer und rechte Hand von Karl Heinz Däke ist Rainer Holznagel. Er kommt aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, war dort Geschäftsführer und davor Referent für Öffentlichkeitsarbeit beim CDU-Landesverband. Gleichzeitig ist er Chefredakteur der Verbandszeitschrift „Der Steuerzahler“.

Die Bundesebene des Steuerzahlerbundes war bis 2005 zusammen mit dem Karl-Bräuer-Institut in Wiesbaden angesiedelt. In jenem Jahr erfolgte der Umzug nach Berlin, ein für den Verband einschneidendes Ereignis, das zuvor immer wieder hinausgezögert worden war. Etliche Mitarbeiter sind aber nicht nach Berlin mitgezogen oder haben sich danach nach anderen Positionen umgesehen. Insgesamt habe die Motivation bei den Mitarbeitern durch diesen Umzug sehr gelitten, so ist zu hören. Der damalige Geschäftsführer des Steuerzahlerbundes, Dieter Lau, hat sich lange Zeit gegen die Verlegung der Bundesgeschäftsstelle nach Berlin gewehrt und ist im Jahr 2005 dann auch ausgeschieden. Zwischen ihm und Karl Heinz Däke gab es manche Spannungen, die nur dadurch gemildert werden konnten, dass Lau in Wiesbaden blieb und Däke sich überwiegend in Düsseldorf und Berlin aufhielt, so dass beide nicht kontinuierlich in einem Büro zusammenarbeiten mussten.

Der Umzug nach Berlin sollte eigentlich eine größere Nähe zur Bundespolitik erbringen und die Schlagkraft des Steuerzahlerbundes insgesamt erhöhen. Ergebnis war jedoch, dass er durch den Umzug eher geschwächt wurde. Dies lag insbesondere auch daran, dass die Mitarbeiterfluktuation zugenommen hatte: Um die Jahreswende 2006/2007 verließen vier bis fünf Mitarbeiter die Bundesgeschäftsstelle, u.a. die Leiter der Steuer- und der Haushaltsabteilung.

Der Bundesvorstand

Name	Funktion	Landesverband	
Dr. Karl Heinz Däke	Präsident	Nordrhein-Westfalen	
Dr. Bernd Schulze-Borges	Stellvertreter des Präsidenten	Niedersachsen	
Zenon Bilaniuk	Vizepräsident	Baden-Württemberg	
Ulrich Fried	Vizepräsident	Hessen	
Dr. Elfi Gründig	Vizepräsidentin	Thüringen	
Prof. Dr. Wolfgang Kitterer	Vizepräsident		Universität Köln
Hannah Stein	Vizepräsidentin	Bayern	

Insgesamt scheint es bei der Bundesgeschäftsstelle so zu sein, dass verstärkt jüngere Mitarbeiter ohne Berufserfahrung eingestellt werden und diese sich nach zwei bis drei Jahren nach anderen Positionen umsehen. Grund dafür ist nicht zuletzt, dass der Steuerzahlerbund relativ niedrige Gehälter bezahlt und mit anderen Verbänden nicht mithalten kann. Experten werden dann von Headhuntern abgeworben und können in neuen Positionen annähernd das Doppelte verdienen.

Damit ist ein Problem des Steuerzahlerbundes benannt, das darin besteht, dass er einerseits nur für Berufseinsteiger interessant ist und andererseits fähige Leute nicht langfristig an sich binden kann. Gerade aus anderen Verbänden ist bekannt, dass man für komplexe Themen wie Haushalts- und Steuerrecht erfahrene Experten mit längerjähriger Erfahrung braucht, die über Jahre angesammelt wurde. Solche Personen müssen langsam aufgebaut und können nur gehalten werden, wenn ihre Gehälter konkurrenzfähig sind und die Organisation und die Tätigkeit seriös und für die eigene Reputation förderlich sind.

Angesichts der hohen Mitarbeiterfluktuation hat der Steuerzahlerbund ein gravierendes Problem, da er Expertise und Know-how nicht nachhaltig aufbauen kann. Insgesamt schwächt sich dadurch die Position des Verbandes im politischen Betrieb zunehmend. Die Gewinnung fähiger Mitarbeiter ist zum einen eine Frage des Gehalts, zum anderen aber auch der Strukturen und der Gesamtausrichtung des Verbandes.

2. Der Präsident Karl Heinz Däke

Karl Heinz Däke ist das Gesicht des Bunds der Steuerzahler, eine medientaugliche Figur, die es versteht, den Steuerzahlerbund in der Mediengesellschaft zu verkörpern und die politischen Positionen des Verbandes mit seiner Person zu verbinden. Dieser Umstand bestimmte lange Zeit das Erfolgsrezept des Verbandes.

Däke verbrachte sein gesamtes Berufsleben beim Bund der Steuerzahler. Gleich nach dem Studium wurde er 1969 Vorstandsassistent beim Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen. Auch seine Dissertation (1975), die er bei Professor Günter Schmolders, einem der Gründungspersönlichkeiten des Steuerzahlerbundes in Deutschland, verfasste, hatte den Steuerzahlerbund zum Thema.¹⁹ Danach erfolgte der rasche Aufstieg in den Verbandsgremien.

Ab 1978 war Däke stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und von 1989 bis 1995 Vorsitzender dieses Landesverbandes. Im Juni 1994 wurde er durch die Mitgliederversammlung zum ersten Mal für drei Jahre zum Präsidenten des Bundes der Steuerzahler gewählt und steht seit dieser Zeit an dessen Spitze. Die letzte Wiederwahl erfolgte am 30. Juni 2006, seine Amtsperiode dauert nun bis 2009.

Däke, der im Februar 2008 65 Jahre alt geworden ist, denkt über eine weitere Amtsperiode nach. Allerdings ist dem Bundesvorstand und den Landesverbänden bewusst, dass es eine Ära nach Däke geben muss. Daher hat der Bundesvorstand eine Präsidenten-Findungskommission gebildet, in der verschiedene Namen und Szenarien für die Neubesetzung des Präsidentenamtes im Jahr 2009 diskutiert wurden. Die Kommission stand vor einer schwierigen Aufgabe: Es soll kein Politiker sein, weil der Verband dann mit einer bestimmten Partei verbunden werden könnte. Man hätte sich Oswalt Metzger, den ehemaligen haushaltspolitischen Sprecher der Grünen – der vor kurzem zur CDU übergetreten ist –, gut vorstellen können, da seine Positionen von denen des Verbandes nicht so weit abweichen, er ist jedoch innerverbandlich nicht vermittelbar. Im Verband selbst, aus dem Kreis der Landesvorsitzenden und ihrer Stellvertreter ist ebenfalls niemand zu finden, der das Amt ausfüllen kann und will. Es heißt, der Job sei nicht allzu sehr beliebt, man habe aber dennoch ein bis zwei Personen im Auge, doch es gebe eben keineswegs viele geeignete Personen.

Die wichtigste Anforderung für den neuen Amtsinhaber besteht in einem Spagat: Auf der einen Seite wird eine Person gesucht, die medientauglich ist und Präsenz in der rauen Berliner Öffentlichkeit zeigt. Auf der

¹⁹ Karl Heinz Däke, Der Bund der Steuerzahler: Einflußmöglichkeiten einer Organisation der Steuerzahler auf die Rationalität steuer- und finanzpolitischer Entscheidungen, Düsseldorf 1975.

anderen Seite muss es jemand sein, der/die mit den Verbandsstrukturen und -meinungen bestens vertraut ist. Wissenschaftler scheiden eigentlich von vornherein aus, weil bei ihnen selten die Fähigkeit zu finden ist, sich in der Medienwelt souverän zu inszenieren.

Das Hauptproblem der Kommission liegt darin, dass es zwar einige Kandidaten gibt, die für das Amt des Präsidenten des Steuerzahlerbundes geeignet scheinen, doch sind deren Gehaltsforderungen (jährlich 250.000 bis 350.000 Euro) verbandsintern nicht vermittelbar. Am Schluss könnte es darauf hinauslaufen, den Status quo beizubehalten bzw. fortzusetzen. Der jetzige Präsident Däke möchte sich offiziell zwar erst im Frühherbst 2008 äußern, ob er sich zur Wiederwahl stellt, es ist inzwischen aber durchgesickert, dass er noch einmal antritt.

Doch damit ist das Problem des Verbandes keineswegs gelöst, sondern lediglich aufgeschoben, und es könnte dadurch sogar noch größer werden. Wenn Däke erneut kandidiert, dann erspart er dem Verband manche Diskussionen und größere Veränderungen. Denn diskutiert wird derzeit, ob man die Bundesgeschäftsstelle nicht mit einem ehrenamtlichen Präsidenten führen könne, und zwar in enger Zusammenarbeit mit einem deutlich gestärkten Geschäftsführer, der für Kontinuität zu sorgen habe. Dieses Kammermodell wird von vielen seit Jahren gefordert, doch es scheiterte immer wieder an den festgefügt Strukturen, insbesondere in den Landesverbänden. Ein ehrenamtlicher Präsident müsste sich dieses Amt auch „leisten können“. Und was für den Präsidenten gelte, sollte dann ebenfalls auf die Landesverbände übertragen werden.

3. Die Affäre um das Gehalt des Präsidenten

Karl Heinz Däke ist als Präsident des Steuerzahlerbundes äußerst umstritten, und bei der letzten Wahl sei er nur deshalb wiedergewählt worden, weil es keinen Gegenkandidaten gab, so ist verbandsintern zu hören. Außerdem wolle niemand den Präsidentenjob gern übernehmen.

Die Stellung Däkes hat sich durch die Affäre um sein Gehalt im Jahr 2005 nicht gerade verbessert. Im März 2005 waren Berichte aufgetaucht, denen zufolge er Einkünfte aus drei Quellen erhalte, was auch umgehend vom Bund der Steuerzahler bestätigt wurde. Däke bezieht ein Jahresgehalt von rund 80.000 Euro als Präsident des Bundes der Steuerzahler. Hinzu kommen Bezüge in Höhe von 53.000 Euro jährlich für seine Funktion als Vorstandschef des verbandseigenen Karl-Bräuer-Instituts, Vorstandsvergütungen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen in Höhe von 51.000 Euro sowie Aufwandsentschädigungen von der Hamburg-Mannheimer Versicherung von rund 8.000 Euro (2003) für seine Tätigkeit im Beirat. Außerdem fallen noch Honorare für Vorträge und Reden an.²⁰

Aus dieser Gehaltsaffäre ist der Steuerzahlerbund insofern geschwächt hervorgegangen, als sie einen Ansehensverlust des Gesamtverbandes nach sich zog und bei den Landesgeschäftsführern und -vorsitzenden zu einer unübersehbaren Distanzierung gegenüber Däke führte. Zudem gab es eine Reihe von Austritten aus dem Verband. Besondere Brisanz entfaltete die öffentliche Diskussion über die Bezüge Däkes schließlich dadurch, dass sich der Steuerzahlerbund gerne als „moralische Instanz zur Wahrung von finanziellem Anstand“ geriert und Volksvertreter gerade dann vehement kritisiert, wenn diese Einkünfte neben ihren Abgeordneten beziehen und mit Steuergeldern lax umgehen.

Diese öffentliche Auseinandersetzung zeigt aber gleichzeitig, dass ein Verband, der einen so hohen ethischen Anspruch hat, für sich nicht einfach das Vereinsrecht in Anspruch nehmen und erklären kann, der Präsident sei nur seinen Mitgliedern gegenüber verantwortlich – und sonst niemandem. Mit dieser internen „Transparenz“ ist seitens des Verbandes immer wieder die Abschottung nach außen verteidigt worden.

²⁰ www.manager-magazin.de, 21.03.2005 (www.manager-magazin.de/koepfe/artikel/0,2828,347506,00.html). Siehe dazu auch den Bericht des Handelsblatts vom 29.03.2005, S. 3: „Untreue-Vorwurf gegen Chef des Steuerzahlerbundes – Däke kandidiert wieder. Zu viel verdienen nur andere“, Der Tagesspiegel, 30.03.2005, „Geiz macht reich“, S. 3.

Letztendlich ist es jedoch die Höhe der Bezüge Däkes, die ungefähr das Doppelte der Aufwandsentschädigung eines Bundestagsabgeordneten ausmachen, die zu diesen Diskussionen geführt hat. Darf der Präsident eines gemeinnützigen Vereins, der sich als das Finanzgewissen der Nation versteht und keine Gelegenheit auslässt, den Politikern auf die Finger zu klopfen, Einkünfte in solcher Höhe haben? Die Spitze des Bundes der Steuerzahler habe nicht mit offenen Karten gespielt, kritisierte Peter von Blomberg von „Transparency International“: Viele hätten Karl Heinz Däke für einen ehrenamtlichen Vorsitzenden gehalten und seien nun enorm irritiert angesichts eines Gehalts, das üblicherweise Geschäftsführern mittelständischer Unternehmen gezahlt wird.²¹

4. Die 15 Landesverbände

Die Landesverbände des Steuerzahlerbundes nehmen im Gefüge des Gesamtverbandes eine bedeutende Stellung ein, obwohl dies nach außen hin nicht so klar wahrgenommen wird. Sie sind in der Verbandsgeschichte die ersten Organisationen, die gegründet wurden, haben die Mitgliederhoheit inne und kontrollieren die Finanzen. Außerdem legen die Landesverbände sehr viel Wert darauf, dass es keinen Bundesverband gibt, der als „Dach“ fungiert und von oben bestimmt, was in den Landesverbänden zu geschehen hat.

Der Gesamtverband der Steuerzahler hat rund 150 hauptamtliche Beschäftigte. Aus deren Verteilung zwischen Ländern und Bund wird deutlich, wo die Gewichte liegen: Allein 130 Stellen sind in den Landesverbänden zu finden. Der größte der Landesverbände, Nordrhein-Westfalen, hat 22 Beschäftigte, Bayern 20, Baden-Württemberg 17 und Hessen elf; die kleineren Landesverbände beschäftigen insgesamt weit unter zehn Mitarbeiter.

Eine deutliche Diskrepanz ist zwischen den Verbänden der alten und neuen Bundesländer festzustellen. Die ostdeutschen Verbände des Steuerzahlerbundes haben zumeist nur wenige Tausend Mitglieder und befinden sich auch, was ihren Einfluss auf den Gesamtverband betrifft, in der zweiten Reihe. Im ersten Jahrzehnt nach ihrer Gründung, also in den 1990er Jahren, wurden die Verbände in den neuen Bundesländern noch durch die alten Landesverbände querfinanziert.

Die starke Position der Landesverbände des Steuerzahlerbundes ist nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der schwachen Stellung der Landesregierungen und -parlamente in der Steuerpolitik erklärungsbedürftig: Die Steuerpolitik wird auf der Bundesebene gemacht; es gibt kaum Steuern in nennenswerter Höhe, über die die Landesparlamente frei beschließen können. Den Landesverbänden des Steuerzahlerbundes bleibt daher nur eine Aufgabe: Sie wachen über die Ausgaben des Landes und der Kommunen, die mehr als die Hälfte der gesamten Staatsausgaben betragen. Vielfach wird berichtet, dass es die einzige Aufgabe der Landesverbände sei, jene Fälle, die im „Schwarzbuch“ zusammengefasst sind, zu recherchieren.

Zahlreiche Vorstände der Landesverbände in den alten Bundesländern sind schon sehr lange in ihren Ämtern, und häufig haben sie gleichzeitig die Geschäftsführung inne. Dies bedeutet, dass sie auch ihr Einkommen über den Steuerzahlerbund beziehen. In den großen Landesverbänden beträgt es jährlich zwischen 90.000 und 115.000 Euro, bei den kleineren liegt es bei rund 60.000 Euro.

Angesichts der attraktiven Einkommen vieler Landesvorstände und aufgrund der konservativen Organisationsstruktur des Steuerzahlerbundes sind etliche Landesvorstände und -vorsitzende schon längere Zeit im Amt. Mit der Wahl zum Vorstand und/oder Landesvorsitzenden ist zugleich die Sicherung des eigenen Einkommens verbunden. Hinzu kommen – und das wird in den Landesverbänden immer wieder betont – die überschaubaren Verhältnisse auf der Landesebene, auf deren Basis die Beziehungen zur Politik und zu den Medien eindeutig geregelt und somit harmonisch sind. Wenn der Steuerzahlerbund Aufsehen erregt, dann

²¹ Interview mit Peter von Blomberg, die tageszeitung, 26.03.2005, S. 5.

nur auf der Bundesebene; auf der Landesebene bemühe man sich um ein einvernehmliches Auskommen mit der Politik und den Medien.

Eine ganz spezielle Form dieser Nähe zur Politik hat sich im bayerischen Landesverband des Steuerzahlerbundes entwickelt, an dessen Spitze seit 1980 Rolf von Hohenau steht. Vizepräsident Dr. Alfred Wöhl ist seit 1983 im Amt und Vizepräsident Peter Eggen seit 1980. Rolf von Hohenau war Mitglied der sogenannten „Berger-Kommission“, der „unabhängigen Kommission zur Neuordnung der Bezüge von Mitgliedern der Landesregierung in Bayern und Nordrhein Westfalen“. Diese Kommission legte im September 2000 ihren Bericht vor und empfahl, die „Schatteneinkommen“ von Politikern zu beseitigen und dafür die Amtsbezüge massiv zu erhöhen. Hans Herbert von Arnim zufolge sollten die „steuerepflichtigen Amtsbezüge der Ministerpräsidenten von Bayern und Nordrhein-Westfalen, die damals ca. 330.000 DM im Jahr betragen, auf 650.000 DM steigen“.²² Neben Roland Berger, der die Kommission leitete, saßen Jochen Kienbaum, Prof. Dr. Peter Badura, Prof. Dr. Jens Joachim Hesse, Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, Walter Haas (DGB) und Dr. Henning Schulte-Noelle in der Kommission. Laut von Arnim war es die Aufgabe des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler Bayern, der früher als CSU-Stadtrat in Augsburg tätig war, „als Kronzeuge für die inhaltliche Korrektheit und Angemessenheit“ den Bericht in „höchsten Tönen zu loben“.²³

Vorstände und Präsidenten der Landesverbände

Bayern	Rolf Baron von Hohenau	Präsident
Baden-Württemberg	Wilfried Krahwinkel	Vorstandsvorsitzender
Berlin	Alexander Kraus	Vorstandsvorsitzende
Brandenburg	Angela Mai	Vorstandsvorsitzende
Hamburg	Frank Neubauer	Vorstandsvorsitzende
Hessen	Ulrich Fried	Vorsitzender
Mecklenburg-Vorpommern	Uwe Karsten	Landesvorsitzender
Niedersachsen/Bremen	Dr. Bernd Schulze-Borges	Vorstandsvorsitzender
Nordrhein-Westfalen	Georg Lampen	Vorsitzender
Rheinland-Pfalz	Dr. Wilhelm Wallmann	Vorsitzender
Saarland	Christoph Walter	Vorsitzender
Sachsen	Thomas Meyer	Präsident
Sachsen-Anhalt	Helga Elschner	Vorsitzende
Schleswig-Holstein	Dr. Hartmut Borchert	Präsident
Thüringen	Dr. Elfi Gründig	Vorsitzende

Die besondere Nähe des bayerischen Landesverbandes zur CSU-Staatsregierung zeigt sich auch in den Preisverleihungen des Steuerzahlerbundes. So hat im März 2007 der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber den Zukunftspreis des Bundes der Steuerzahler zu einem Zeitpunkt erhalten, als er gerade dabei war, aus dem Amt zu scheiden. Auch in den Jahren davor gab es regelmäßige Preisverleihungen („Sparlöwe“) an Mitglieder der bayerischen Staatsregierung: Mit dem Preis bedacht wurden der Finanzminister Kurt Faltlhauser (2000), der Staatssekretär a.D. Franz Meyer (2007), der Staatsminister Erwin Huber (2004) und der Innenminister Günther Beckstein (2005).

22 Hans Herbert von Arnim, Politik Macht Geld. Das Schwarzgeld der Politiker weißgewaschen, München 2001, S. 131. Die Kommission empfahl darüber hinaus, das Gehalt der Minister auf 500.000 DM und das der Staatssekretäre auf 450.000 DM zu erhöhen. Hinzu kommt eine ausschließlich vom Staat finanzierte Altersversorgung, die für den Ministerpräsidenten 130.000 DM pro Jahr beträgt.

23 Hans Herbert von Arnim, Politik Macht Geld, S. 183. Von Arnim saß selbst auch in dieser Kommission, lehnte aber die Vorschläge ab, die diese Kommission entwickelt hatte..

5. Das Karl-Bräuer-Institut

Das 1965 gegründete Karl-Bräuer-Institut (KBI) leistet die Grundlagenarbeit und -forschung für den finanz- und steuerpolitischen Kurs des Steuerzahlerbundes.²⁴ 2005 zog das KBI gemeinsam mit der Geschäftsführung des Steuerzahlerbundes von Wiesbaden nach Berlin um – was auch beim KBI zu einem erheblichen Verlust an Know-how und Expertise führte.

Das Karl-Bräuer-Institut finanziert sich zu einem wesentlichen Teil über Spenden der Mitglieder des Steuerzahlerbundes (rund 300.000 Euro im Jahr), zu denen die Landesverbände jährlich aufrufen; der Rest kommt vom Steuerzahlerbund selbst über Mitgliedsbeiträge. Wissenschaftlicher Leiter des KBI war bis vor kurzem Lothar Schemmel, der zwischenzeitlich mit nach Berlin umgezogen war und jetzt wieder in Frankfurt/Main lebt. Davor hatte Rolf Borell über lange Jahre das Institut geleitet. Von 1968 bis 1978 hatte Hans Herbert von Arnim die Institutsleitung inne, ein Wissenschaftler, der sich dem Kampf gegen die ausufernde Politikfinanzierung verschrieben und damit einen bundesweit bekannten Namen gemacht hatte.²⁵

Das KBI erstellt wissenschaftliche Studien zu Themen der Finanz-, Steuer- und Haushaltspolitik und veröffentlicht diese in einer Schriftenreihe, die inzwischen auf mehr als 100 Titel angewachsen ist. Hinzu kommen Stellungnahmen und die Reihe „Sonderinformationen“. In der Reihe der „Schriften des Karl-Bräuer-Institutes“ finden sich u.a. folgende Themen:

- Vermögensteuer – ein Störfaktor im Steuersystem, 1990 (Nr. 71)
- Die Einheitsbewertung des Grundbesitzes, 1993 (Nr. 76)
- Kommunale Steuerautonomie und Gewerbesteuerabbau, 2002 (Nr. 94)
- Der Tarif muss auf Ränder – Heimliche Steuererhöhungen vermeiden, 2002 (Nr. 95)
- Versicherungsfremde Leistungen in der Arbeitslosenversicherung, 2002 (Nr. 96)
- Reform der Gesetzlichen Unfallversicherung, 2004 (Nr. 97)
- Staatsverschuldung und öffentliche Investitionen, 2006 (Nr. 99)
- Die Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung, 2006 (Nr. 100)
- Familienbesteuerung und Splitting, 2007 (Nr. 101)
- Verfassungswidriger Solidaritätszuschlag, 2008 (Nr. 102)

In der Reihe „Sonderinformationen“ wurden folgende Themen behandelt:

- Ökosteuern und Grundgesetz, 2003 (Nr. 43)
- Die Bürgerversicherung: Die falsche Medizin für die Krankenversicherung, 2005 (Nr. 47)
- Zur Reform der Sozialen Pflegeversicherung, 2006 (Nr. 48)
- Für eine umfassende Reform der Gesetzlichen Unfallversicherung, 2006 (Nr. 49)
- Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung, 2007 (Nr. 50)
- Aussteuerungsbetrag abschaffen!, 2007 (Nr. 52)
- Arbeitslosenversicherung: Entlastung statt Ausbeutung!, 2007 (Nr. 53)
- Soziale Pflegeversicherung grundlegend reformieren!, 2007 (Nr. 54)

Das Problem des Karl-Bräuer-Instituts besteht – neben der hohen Mitarbeiterfluktuation – zunächst darin, dass es zu schlecht oder kaum mehr wahrgenommen wird. Dies war früher anders, als das Institut noch weit in die Wissenschaft hineinwirken konnte. Ein weiterer Grund für die Probleme des KBI dürfte in der nicht

²⁴ Rolf Borell, Das Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, in: Präsidium des Bundes der Steuerzahler e.V., Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit. 50 Jahre Bund der Steuerzahler, Wiesbaden 1999.

²⁵ Siehe dazu: Die Zeit, 02/1992: „Als Einmann-Instanz gegen die Parteien. Hans Herbert von Arnim weist die Begehrlichkeiten der Politiker in Schranken“; Die Welt, 14.09.2002: „Der Aristokrat als Populist unkorrekt?“

konkurrenzfähigen Bezahlung der Mitarbeiter zu suchen sein. Der Hauptgrund für die mangelnde öffentliche Präsenz liegt jedoch in der trägen Arbeitsweise des Instituts, so dass das KBI nicht mehr mit den Veränderungen im Bereich der Politikberatung und des Lobbyings Schritt halten konnte.

Das Karl-Bräuer-Institut hat nach Meinung verschiedener Beobachter nicht zuletzt auch deshalb an Bedeutung verloren, weil es viel zu lange dauere, bis es wissenschaftliche Studien produziert und veröffentlicht; häufig gelänge es auch nicht, diese Untersuchungen entsprechend zu vermarkten. Das Karl-Bräuer-Institut arbeitet einfach nicht schnell genug, so die Diagnose. Als Vorbild kann das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) mit seinem „Wochenbericht“ gelten. Durch das DIW und die anderen Wirtschaftsforschungsinstitute werden die Benchmarks für die mediale Vermarktung wissenschaftlicher Studien gesetzt.

Hiermit verbunden sind aber auch Veränderungen, die in der Landschaft der wissenschaftlichen Politikberatung und der Wirtschaftsforschungsinstitute zu beobachten sind: Zum einem hat sich dieser Bereich zunehmend akademisiert; zum anderen hat sich mittlerweile eine empirisch orientierte Richtung der Wirtschaftsforschung herausgebildet. An beide Richtungen der Differenzierung konnte das KBI nicht Anschluss halten, denn ihm fehlen forschungsstarke jüngere Leute, die über eine Promotion bestimmte Themen bearbeiten können. Und es mangelt vor allem an wissenschaftlichem Know-how und den Kapazitäten, um akademische Studien zu erstellen, aus denen dann eine Publikation für die Politikberatung und für die mediale Aufmerksamkeit erstellt werden kann. Dementsprechend ist in Kreisen der Wirtschaftsforschungsinstitute zu hören, dass das KBI an Präsenz eingebüßt hat. Dies bezieht sich sowohl auf die einschlägigen Publikationsorgane als auch auf die Forschungsarenen, in denen die Mitarbeiter des KBI nicht präsent sind.

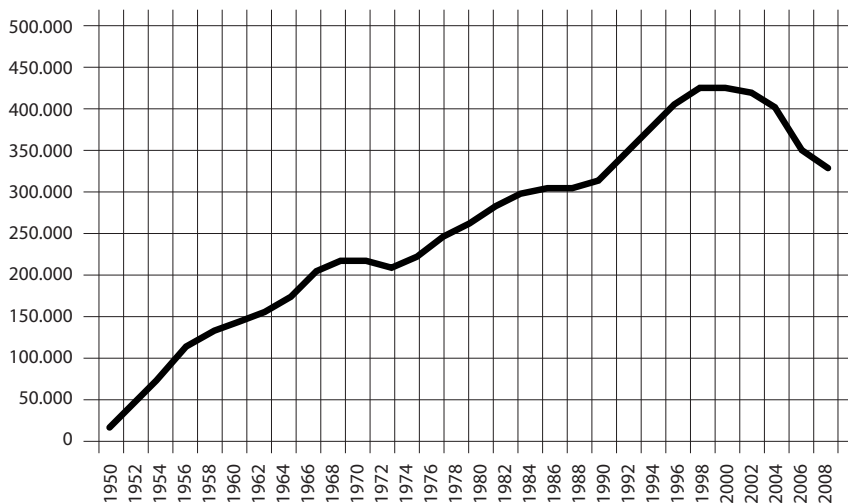
Darüber hinaus befindet sich das Karl-Bräuer-Institut in einem wenig komfortablen Dilemma: Während der Steuerzahlerbund selbst seine Positionen vor allem via Boulevardmedien an die Öffentlichkeit bringt, ist das KBI bemüht, diese eben nicht über beispielsweise die Bild-Zeitung zu transportieren, denn das würde die eigene Arbeit unseriös und angreifbar machen. Außerdem ist niemand aus dem Wirtschaftsbereich (Unternehmen, Verbände, Stiftungen) bereit, dem Karl-Bräuer-Institut mit größeren Spenden unter die Arme zu greifen.

Die Langsamkeit, das fehlende Marketing und die nicht vorhandene Einbindung in die Forschungsszene sowie die geringe Mitarbeiterzahl erzeugen für das KBI ein Wahrnehmungsproblem. Übrig bleiben schließlich dann nur die regelmäßigen Einladungen an den Präsidenten des Steuerzahlerbundes zu den routinemäßigen Anhörungen in die Ausschüsse des Bundestages, in denen er dann mehr oder minder lobbyistische Positionen vertritt. Die Schriften des Karl-Bräuer-Instituts werden derweilen weder von der Politik noch von den Medien und auch nicht von der Wissenschaft wahrgenommen.

6. Die Mitglieder

Für eine Organisation wie den Steuerzahlerbund, der den Anspruch erhebt, für alle Steuerzahler – die 80 Millionen, die indirekte Steuern zahlen, und die 27 Millionen Steuerpflichtigen – zu sprechen, ist die Zahl und die Struktur der eigenen Mitgliedschaft von herausragender Bedeutung. Der Steuerzahlerbund gehört von seiner Historie her zum traditionellen Typus des mitgliederbasierten Verbandes. Damit teilt er die Bedingungen aller mitgliederbasierten Organisationen in negativer wie in positiver Hinsicht. Die Mitglieder bilden für den Steuerzahlerbund zum einen – und zuvorderst – die Legitimationsbasis des Verbandshandelns. Deshalb ist es für ihn von entscheidender Bedeutung, dass er über eine ausreichende Zahl von Mitgliedern verfügt. Eine sinkende Anzahl von Mitgliedern heißt somit, dass die Legitimation für das verbandliche Handeln abnimmt. Zum anderen sind die Mitglieder insofern wichtig und notwendig, als durch ihre Mitgliedsbeiträge die finanziellen Ressourcen des Verbandes erwirtschaftet werden. Eine schwindende Mitgliederzahl schmälert die ökonomische Basis des Steuerzahlerbundes, der für sich postuliert, keine weiteren finanziellen Quellen – nicht einmal Spenden – für die Finanzierung der Verbandstätigkeit in Anspruch zu nehmen.²⁶ Und nicht zuletzt ist eine große Mitgliedschaft im Steuerzahlerbund auch deshalb erforderlich, weil durch sie die inhaltliche Arbeit geprägt wird und Anregungen in die Politik getragen werden.

Mitgliedszahlen des Steuerzahlerbundes, 1950-2008



Nicht ganz unerheblich für die Legitimation des Steuerzahlerverbandes ist auch die Struktur seiner Mitglieder, die idealerweise aus allen Bevölkerungsschichten und Einkommensbereichen kommen sollten. Seit seiner Gründung im Jahr 1949 konnte der Verband eine stetig wachsende Zahl von Mitgliedern verzeichnen. Diese Wachstumsphase erstreckte

sich bis etwa in das Jahr 2001, danach nahm die Zahl der Mitglieder ab und liegt jetzt nach Aussagen der Verbandsführung bei etwa 330.000 Mitgliedern (siehe Grafik).

Den höchsten Mitgliederbestand konnte der Steuerzahlerbund im Jahr 2001 mit rund 426.000 Mitgliedern verbuchen. Seitdem, also in den vergangenen acht Jahren, hatte er einen Rückgang von rund 100.000 Mitgliedern hinzunehmen. Damit teilt er das Schicksal aller größeren deutschen mitgliederbasierten Organisationen, die in den letzten beiden Jahrzehnten einen Mitgliederschwund zu verzeichnen haben und bislang keine Mittel und Wege finden, diesen Rückgang aufzuhalten.

Für den Steuerzahlerbund trat der Zeitpunkt, ab dem die Mitgliedschaft rückläufig wurde, im Jahr 2001 erst relativ spät ein. Bis heute war der Verband nicht in der Lage, ein Rezept zu entwickeln, um diesen Schwund aufzuhalten; nach wie vor stehen 20.000 Zugängen im Jahr rund 30.000 Abgänge gegenüber – was also heißt, dass der Steuerzahlerverband nach wie vor jährlich rund 10.000 Mitglieder verliert. Problematisch ist insbesondere die Lage bei den Zugängen, denn diese haben sich gegenüber den Vorjahren, als sie bei 40.000

²⁶ In jüngster Zeit hat der Bund der Steuerzahler den Gemeinnützigkeitsstatus erhalten und kann nun auch Spendenquittungen ausstellen. Allerdings gibt es in den Kreisen der Länderfinanzminister Diskussionen, ob ihm die Gemeinnützigkeit weiterhin gewährt werden soll.

lagen, nunmehr halbiert. In der Verbandsführung geht man davon aus, dass sich der Rückgang nicht einfach aufhalten lässt. Die Fortschreibung dieses Trends zieht es wohl nach sich, dass dem Verband hierdurch weitere Legitimations- und Finanzierungsprobleme erwachsen werden.

Die mitgliederstärksten Landesverbände sind Nordrhein-Westfalen mit rund 80.000 Mitgliedern, Baden-Württemberg mit 60.000, Bayern mit 50.000 und Niedersachsen mit 40.000 Mitgliedern. Die ostdeutschen Landesverbände sind auch aufgrund der niedrigen Bevölkerungszahl in ihren jeweiligen Ländern schwach: Der Landesverband Brandenburg hat nur rund 6.000 und der Landesverband Thüringen lediglich 7.000 Mitglieder.

Von noch größerer Bedeutung ist die Struktur der Mitgliedschaft, denn immer wieder wurde der Vorwurf erhoben, der Steuerzahlerbund hätte überwiegend Selbständige und Freiberufler als Mitglieder.²⁷ Die Zusammensetzung der Mitgliedschaft des Steuerzahlerbundes ist darüber hinaus auch für das Selbstverständnis des Verbandes und für den eigenen Anspruch, für die Gesamtheit der Steuerzahler in Deutschland zu sprechen²⁸, eminent wichtig. Da der Steuerzahlerbund aufgrund seiner föderalen Struktur und aus historischen Gründen über keine zentrale Mitgliederkartei verfügt, sind Aussagen über die Mitgliedsstruktur nur als Annäherungen zu verstehen. Deutlich wird aber aus Befragungen der Verantwortlichen, dass etwa 75 bis 80 Prozent der Mitglieder aus dem gewerblichen Mittelstand und den freien Berufen kommen. Dies bedeutet, dass rund 60 Prozent der Mitglieder Unternehmen oder gewerbliche Mittelständler sind; weitere 15 Prozent sind Freiberufler. Arbeitnehmer und abhängig Beschäftigte machen etwa 10 Prozent der Mitglieder aus, der überwiegende Teil dieser abhängig Beschäftigten sind leitende Angestellte. Der Rest der Mitglieder verteilt sich auf die wachsende Zahl von Rentnern, die aufgrund der Besteuerung ihrer Einkommen nun auch zum Steuerzahlerbund finden.

Somit ist der Steuerzahlerbund im Grunde der Verband der kleinen Gewerbetreibenden und der Selbständigen. Ihnen gegenüber befinden sich größere Unternehmen und Konzerne, die zwar auch Mitglieder im Steuerzahlerbund sind, in der Minderheit; nur wenige Großunternehmen sind Mitglied in diesem Verband. Insofern ist es besonders interessant, dass beispielsweise in Baden-Württemberg bis zu 40 Prozent der rund 6.000 Steuerberater Mitglied im Bund der Steuerzahler sind.

Von Seiten des Steuerzahlerbundes wird die geringe Zahl der Arbeitnehmer in der Mitgliedschaft damit begründet, dass diese zum einen kaum wissen, wie hoch ihre Steuerbelastung ist, und sie zum anderen nur ein ganz bestimmtes Interesse haben, nämlich bei der Steuererklärung möglichst schnell wieder viel zurückzubekommen. Ein Unternehmer, der Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer und Körperschaftsteuer abführen muss, hätte ein viel unmittelbareres Verhältnis zum Steuerstaat und damit auch ein größeres Interesse an einer Mitgliedschaft. Des Weiteren wird argumentiert, dass Arbeitnehmer wesentlich schwerer zu erreichen und damit für den Verband zu anzuwerben seien. Viele Mitglieder und Beschäftigte verstehen den Steuerzahlerbund als legitime Organisation der Notwehr gegen den konfiskatorischen Zugriff des Steuerstaates und würden von der Verbandsführung ein entsprechendes Verhalten erwarten.

7. Die Mitgliederwerbung

Die kontinuierlich sinkende Zahl der Mitglieder stellt die Mitgliederwerbung des Steuerzahlerbundes vor große Herausforderungen. Sie ist zwar Sache der Landesverbände, aber auch immer wieder Thema bei den Vorstandssitzungen auf der Bundesebene. Außerdem gibt es einen gemeinsamen Arbeitskreis, der sich mit dem Thema der Mitgliederwerbung befasst. Dort werden nicht nur die neuen Akquisestrategien abgestimmt, sondern es wird auch vereinbart, wie mit zahlungsunwilligen Mitgliedern umzugehen sei und

27 Siehe dazu den Eintrag bei Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/wiki/Steuerzahlerbund>

28 Siehe dazu § 2 der Satzung des Steuerzahlerbundes Baden-Württemberg e.V.

wie die abnehmende Mitgliederzahl offiziell sprachlich geregelt werden soll: So wollte man lange Zeit das Unterschreiten der magischen 400.000-Grenze durch euphemistische Rhetorik vermeiden.

Viele Landesverbände haben inzwischen einen eigenen Außendienst für die Mitgliederwerbung aufgebaut. Fest angestellte Mitarbeiter – meist ältere Frauen, die bereits aus dem Berufsleben ausgeschieden sind und durch die Akquise etwa 1.000 bis 1.500 Euro monatlich hinzuverdienen – gehen bei Firmen von Haustür zu Haustür und versuchen, das Unternehmen als Mitglied zu werben. Darüber hinaus wird seitens der Beschäftigten der Geschäftsstellen auch Telefonakquise betrieben.

Der Steuerzahlerbund hält nach wie vor an der Kooperation mit der Hamburg-Mannheimer Versicherung bei der Mitgliederakquise fest. Diese Zusammenarbeit besteht seit rund 40 Jahren, der nicht zuletzt auch der stetige Zuwachs an Mitgliedern beim Steuerzahlerbund zu verdanken ist. Die Mitgliederkrise seit 2001 lässt sich wiederum auf Umstrukturierungen bei der Hamburg-Mannheimer Versicherung zurückführen.

Das Akquisesystem funktioniert folgendermaßen: Es gibt Beauftragte der Hamburg-Mannheimer Versicherung, die ausschließlich mit der Anwerbung von Mitgliedern für den Steuerzahlerbund befasst sind. Diese Angestellten der Versicherung nutzen den guten Namen der Steuerzahlerbundes und gelangen dadurch in Kontakt mit potenziellen Kunden. Erst nach der Anwerbung für den Steuerzahlerbund wird dem Kunden gegenüber das Gespräch auf die Belange der Hamburg-Mannheimer Versicherung gebracht. Von dieser Kooperation haben beide etwas: Der Steuerzahlerbund kommt kostengünstig an neue Mitglieder, und die Hamburg-Mannheimer Versicherung kann den Namen des Steuerzahlerbundes nutzen, um neue Beratungstermine für ihre eigenen Versicherungsangebote zu vereinbaren.

Eine Mitgliederwerbung auf eigene Kosten würde dem Steuerzahlerbund viel teurer kommen. So müsste beispielsweise der Landesverband Niedersachsen/Bremen allein zur Bestandssicherung jährlich 3000 neue Mitglieder gewinnen, was zwischen 400.000 und 500.000 Euro kosten würde.²⁹ Die Zusammenarbeit mit der Hamburg-Mannheimer Versicherung wird auch dadurch befestigt, dass Karl Heinz Däke dem Beirat des Unternehmens angehört. Mit der Versicherung gibt es seit einigen Jahren eine schriftliche Vereinbarung über die Zahl der zuwerbenden Neumitglieder; bei einer Unterschreitung dieser Zahl sind Kompensationszahlungen fällig.

Die vormals einträgliche Zusammenarbeit mit der Hamburg-Mannheimer Versicherung läuft in den letzten Jahren nicht mehr so erfolgreich. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt darin, dass die Versicherung nach internen Umstrukturierungen ihre Geschäfte mehr und mehr über das Internet abwickelt, so dass für den direkten Kundenkontakt immer weniger Raum bleibt. Dies bedeutet für den Steuerzahlerbund, dass er den Mitgliederschwund durch diese Form der Akquise nicht mehr kompensieren kann. Die großen Landesverbände sind deshalb dazu übergegangen, eigene Akquiseabteilungen aufzubauen, doch dies ist sehr teuer. Einige betreiben auch telefonische Akquise – die umstritten ist –, aber auch damit lässt sich der Mitgliederrückgang nicht aufhalten.

8. Die Finanzen des Steuerzahlerbundes

Aufgrund der schwindenden Mitgliederzahlen sinkt auch das Gesamtbudget des Steuerzahlerbundes, das nach Angaben des Verbandes im Jahr 2006 rund 16 Millionen Euro betrug; das Beitragsaufkommen lag im selben Jahr bei 15,5 Millionen Euro.³⁰ Im Gesamtbudget sind kaum Spenden enthalten, denn diese werden ausschließlich für das verbandseigene Karl-Bräuer-Institut verwendet. Das Aufkommen an Spenden für das

29 Die Zeit, 25/1997: „Misstrauen ist gut. Wie sich der Bund der Steuerzahler vor den Karren eines Versicherungskonzerns spannen lässt“ (www.zeit.de/1997/25/misstrauen_ist_gut)

30 Die Differenz von 500.000 Euro resultiert u.a. aus der Vermietung des Hauses des Steuerzahlerbundes in Wiesbaden, das bislang nicht veräußert wurde.

KBI, zu denen der Verband seine Mitglieder jährlich aufruft, macht rund 300.000 Euro aus. Die Höhe der einzelnen Spenden bewegt sich zwischen 10 und 100 Euro.

Die Beitragshöhe wird von den Landesverbänden festgelegt. Der jährliche Mindestbeitrag liegt in vielen Landesverbänden zwischen 72 Euro (z.B. Niedersachsen) und 57 Euro (z.B. Baden-Württemberg). Allerdings gibt es auch Landesverbände, die einen Jahresbeitrag von knapp 100 Euro fordern, so in Bayern, Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen. Häufig jedoch ist er auch niedriger, weil Altmitglieder noch die früher erhobene Gebühr bezahlen. Verbandsintern wird eine Grenze von 96 Euro im Jahr genannt, bis zu der ein Mitgliedsbeitrag seitens der Mitglieder akzeptiert werden würde. Entscheidend ist nun, dass diesen Beitrag alle Mitglieder unabhängig von der Betriebsgröße entrichten. So zahlt z.B. die Firma Conti in Niedersachsen einen ebenso hohen Beitrag wie ein kleiner Selbständiger mit fünf Angestellten. In Nordrhein-Westfalen betrug der jährliche Mitgliedsbeitrag im Jahr 2007 50 Euro. Nach einer Veränderung der Beitragsstruktur zahlen jetzt Selbständige 96 Euro, Angestellte 72 Euro und Rentner 48 Euro.

Nimmt man das gesamte Beitragsaufkommen des Steuerzahlerbundes und teilt es durch die angegebene Anzahl aller Mitglieder, so liegt der Durchschnittsmitgliedsbeitrag bei etwa 45 Euro. Lediglich die Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland kommen dieser Zahl nahe. Und sie gibt einen Hinweis darauf, dass ein erheblicher Teil der Mitglieder die Beiträge offenbar nicht mehr bezahlt, das heißt, dass der Steuerzahlerbund nur noch rund 250.000 zahlende Mitglieder hat.

Die Landesverbände entrichten eine Abgabe an den Bundesvorstand, um das Büro in Berlin zu finanzieren. So zahlt beispielsweise der Landesverband Nordrhein-Westfalen rund 400.000 Euro für das Präsidium und das Karl-Bräuer-Institut in Berlin. Die Finanzierung des Präsidiums, die durch die Bundesversammlung beschlossen wird, orientierte sich bislang allein am Beitragsaufkommen.

Künftig soll nun neben dem Beitragsaufkommen auch die Mitgliederzahl als Maßstab für die Finanzierung des Präsidiums dienen. Zudem gab es in früheren Jahren noch eine Quersubventionierung, mit der kleinere Landesverbände und vor allem jene in den neuen Bundesländern finanziert wurden. Diese ist inzwischen aber ausgelaufen.

Der Steuerzahlerbund hat mittlerweile den Gemeinnützigkeitsstatus erhalten und kann deshalb Spendenquittungen ausstellen. Doch werden die eingehenden Spenden ausschließlich für das Karl-Bräuer-Institut verwendet, während Mitgliedsbeiträge in die Finanzierung der Verbandsarbeit fließen.

IV. Politische und gesellschaftliche Strukturbedingungen

1. Die politökonomische Landschaft

Der Steuerzahlerbund agiert in Deutschland innerhalb sozio-ökonomischer Strukturen, in denen die großen Interessengruppen einerseits formiert der Politik gegenüberstehen, andererseits in die Formulierung und Durchsetzung politischer Entscheidungen einbezogen sind. In diesem Kontext dominierender verbandlicher Strukturen vertritt der Steuerzahlerbund allgemeine Interessen – festgelegt durch Satzung und eigenes Selbstverständnis – und spezifische Interessen kleiner Unternehmen und Selbständiger, Letzteres bedingt durch die Struktur seiner Mitgliedschaft.

Des Weiteren agiert der Steuerzahlerbund im Sinne eines bundesrepublikanischen Selbstverständnisses, für das der Ausbau des Sozialstaates seit den 1970er Jahren zum Grundkonsens gehört. Ebenso hat sich die Staatstätigkeit seit Ende der 1960er Jahre erheblich erhöht. Im Rahmen dieses Spektrums vertritt der Steuerzahlerbund dem eigenen Anspruch nach jene Bürgerinnen und Bürger, die diesen Staat finanzieren und ein starkes Interesse an einer beschränkten Staatstätigkeit haben. Er steht daher der wachsenden Zahl von Transferleistungsempfängern kritisch gegenüber. Insofern ist beim Steuerzahlerbund eine eindeutige Zuordnung zu einem politischen Lager auszumachen sowie ein nachdrückliches Interesse an einer niedrigen Staatstätigkeit.

Innerhalb der verbandspolitischen Interessengruppenstruktur in Deutschland nimmt der Steuerzahlerbund eine Sonderstellung ein. Er agiert als Verband und wird in die formellen Verfahren der Gesetzgebung, beispielsweise bei Anhörungen, miteinbezogen, gehört aber nicht zur korporatistischen Verbändestruktur der Bundesrepublik, weil er in diesem System keine spezifischen Funktionen erfüllt.

Somit ist der Steuerzahlerbund in diesem System ein Zwitter: Einerseits ist er aufgrund seiner Struktur – große Mitgliederzahl, verbandlich-hierarchische Arbeitsweise – in der traditionellen, verbandlich organisierten Interessengruppenlandschaft der alten Bundesrepublik verankert. Andererseits machen ihn sein Thema und selbst gesetzter Anspruch eines Gemeinwohlunternehmers sowie seine spezifische Form der Öffentlichkeitsarbeit zu einer modernen Organisation. In diesem Kontext wäre zu erwarten, dass er sich ähnlich wie eine moderne NGO organisiert oder stärker Think-Tank-Strukturen ausbildet.

Mit der Kritik an der Politikfinanzierung hat der Steuerzahlerbund ein weiteres modernes Thema aufgegriffen, durch das er sich von der Verbändelandschaft abhebt. Allerdings gerät er damit in eine fundamentale Gegenposition zur Politik und zu den Politikern. Er wird damit zunehmend für die Akteure der Mediengesellschaft interessant und orientiert sein Handeln immer mehr an deren Gesetzmäßigkeiten.

Hinzu kommt, dass der Steuerzahlerbund, wie viele andere Verbände auch, sehr nationalstaatlich ausgerichtet ist. Zwar ist er Mitglied der World Taxpayers Association (WTA), doch schon mit dem Europa-Thema tut sich der Steuerzahlerbund ausgesprochen schwer, obwohl er auch der Taxpayers Association of Europe (TAE) angehört.

2. Konkurrierende Organisationen: Bundes- und Landesrechnungshöfe

Der Steuerzahlerbund, der sich selbst als das „Finanzgewissen der Nation“ versteht, sieht es ganz gerne, wenn er als das zivilgesellschaftliche Pendant zum Bundesrechnungshof und zu den Landesrechnungshöfen bezeichnet wird. Er nutzt auch regelmäßig die „Bemerkungen“ des Bundesrechnungshofes und wertet sie für das eigene Schwarzbuch aus. Die Mitarbeiter der Landesverbände verwenden die Berichte der Landesrechnungshöfe als Informationsquelle, aus denen sie dann Beispiele für Steuerverschwendung herausziehen, die dann alljährlich im eigenen Schwarzbuch aufgelistet werden.

Bei einem näheren Blick sind die beiden Akteure allerdings kaum miteinander zu vergleichen. Der Bundesrechnungshof (BRH) ist für die externe Finanzkontrolle des Bundes zuständig und arbeitet dort mit rund 1.300 Mitarbeitern (je zur Hälfte im BRH und in den Prüfungsämtern). Als Bundesbehörde unterliegt der BRH auch bestimmten Restriktionen. Er erledigt pro Jahr rund 800 Aufträge, und nur etwa 100 davon werden veröffentlicht und gelangen in seine offiziellen Mitteilungen. Die restlichen 700 Prüfungsaufträge gehen zurück an die untersuchten Stellen, in der Hoffnung, dass sich damit die bemängelten Missstände abstellen lassen. Haushaltspolitiker des Deutschen Bundestages bestätigen auch, dass sie mit dem Bundesrechnungshof kollegial zusammenarbeiten und sogar den Rat des BRH einholen, wenn sie haushaltstechnisch Neues bewegen oder schaffen wollen. Der Bundesrechnungshof wird dann auf bestimmte Themen „angesetzt“ mit der Bitte um Prüfung; darüber hinaus dient er den Haushaltspolitikern als Absicherung von Reflexionsschleifen für ihr Handeln. Allerdings geschieht diese Zusammenarbeit abseits der Öffentlichkeit. An dieser Stelle sieht der Steuerzahlerbund nun seine Berechtigung und weist ebenfalls auf zu prüfende Sachverhalte hin.

Im Grunde aber gibt es zwischen Bundesrechnungshof und Landesrechnungshöfen und dem Steuerzahlerbund keine Zusammenarbeit – ausgenommen davon sind gelegentliche Gespräche – sowie wenige oder keine Berührungspunkte. Zudem ist das Verhältnis zwischen der Bundesebene des Steuerzahlerbundes und dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes, Professor Dr. Dieter Engels, nicht besonders gut, was nicht zuletzt auf Karl Heinz Däkes wiederholte Fragen nach der Größenordnung der öffentlichen Verschwendung, in denen er sich immer wieder auf den Bundesrechnungshof bezog, zurückzuführen ist.

Allerdings gibt es seitens des Bundesrechnungshofes auch einen wohlwollenden Blick auf den Steuerzahlerbund. Nicht wenige aus den Reihen des BRH schätzen den Steuerzahlerbund als wichtige Organisation, die ein Bewusstsein dafür schaffe, dass staatliche Finanz- und Haushaltspolitik kontrolliert werden müsse. Man brauche den Steuerzahlerbund, weil man selbst nicht so stark in die Öffentlichkeit treten könne. Dafür nehme man auch in Kauf, dass bestimmte Sachverhalte populistisch und auf Stammtischniveau behandelt würden, aber nur so ließe sich für die gemeinsame Sache etwas erreichen. Denn es sind gerade die 700 Prüfaufträge, die das Licht der Öffentlichkeit nicht erblicken und deren Ergebnisse nur umgesetzt werden, wenn sie auf ein positives Echo bei den zu Prüfenden stoßen.

Wenig Verbindungen gibt es zur Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) mit ihrem Vorsitzenden Dieter Ondracek. In der DSTG sind rund 70.000 Beschäftigte der Steuerverwaltung der Bundesrepublik organisiert. Inhaltliche Gemeinsamkeiten sind zwar in der Frage der Vereinfachung des Steuerrechts vorhanden, dennoch lehnt der DSTG eine Zusammenarbeit mit dem Steuerzahlerbund aufgrund dessen Arbeitsweise, die der DSTG als unseriös bewertet, strikt ab. Differenzen zwischen beiden Verbänden bestanden auch hinsichtlich der Reaktion auf die jüngst an die Öffentlichkeit gelangten Fälle von Steuerhinterziehung mit Hilfe von Stiftungen in Liechtenstein. Während Ondracek rund 1.000 zusätzliche Steuerfahnder fordert und damit höhere Steuereinnahmen in Aussicht stellt, bestreitet der Steuerzahlerbund diesen Zusammenhang: Man benötige keine neuen Steuerfahnder, denn diese würden nur noch die kleinen Betriebe prüfen, bei denen ohnehin weniger zu holen sei.

Der Steuerzahlerbund ist auch nicht Teil der Arbeitsgemeinschaft „Klimatagung“, in der sich die Organisationen der Finanzrichter, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und der wirtschaftsberatenden Berufe zusammengeschlossen haben. Diese Arbeitsgemeinschaft, die bereits seit Jahrzehnten existiert, ist fachlich ausgerichtet und arbeitet abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit, die der Steuerzahlerbund beständig sucht.

Informelle Kontakte bestehen jedoch zum Deutschen Steuerberaterverband, über den in den Landesverbänden rund die Hälfte der Steuerberater (32.000) in Deutschland organisiert ist. Wenngleich der Steuerberaterverband dem Steuerzahlerbund freundlicher gegenübersteht, gibt es nur punktuelle informelle Zusammenarbeit, beispielsweise bei Musterverfahren oder berufsrechtlichen Themen. Auch dieser Verband betreibt eine zurückhaltende Öffentlichkeitsarbeit.

V. Positionen des Bundes der Steuerzahler

1. Kritik an der Politikfinanzierung

Ein Hauptthema der Arbeit des Steuerzahlerbundes betrifft die Politikfinanzierung. Der Verband hat sich in den letzten Jahren und auch bereits im Jahrzehnt zuvor damit hervorgetan, dass er die Praxis der Politikfinanzierung vehement kritisierte. Mit dem Begriff „Politikfinanzierung“ wird insgesamt die Finanzierung des Politikbetriebes bezeichnet. Nimmt man eines der zentralen Dokumente des Steuerzahlerbundes zu diesem Thema – das „Sparpaket für die Politik“ aus dem Jahr 2000 –, so zeigt sich sehr schnell, dass der Steuerzahlerbund mit seiner Kritik an der Politikfinanzierung vor allem die Parteien im Visier hat. Denn der Politikbetrieb ist ein viel größerer und komplexerer Bereich als lediglich das von den Parteien organisierte Handeln in Parlamenten und Regierungen.

Das „Sparpaket für die Politik“ ist zwar bereits acht Jahre alt, es versammelt jedoch immer noch die grundlegenden Positionen des Steuerzahlerbundes gegenüber der Finanzierung des Politikbetriebes. Es entstand in einer Zeit des neoliberalen Überschwangs, in der die Rhetorik der „notwendigen Härten“ üblich war.³¹ Dieser unternehmerische Blick auf die Politik prägt den gesamten Text. In dieser Perspektive sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages „Angestellte“ des Volkes³² – eine Vorstellung, die eher aus der Welt mittelständischer und kleiner Unternehmer stammt und sich fernab der jahrhundertelangen Tradition parlamentarischen und staatsrechtlichen Denkens von Repräsentation und Treuhänderschaft bewegt.

Im Einzelnen kritisiert der Steuerzahlerbund die Höhe der Ausgaben von 14 Milliarden DM (7,18 Mrd. Euro) für die politische Führung in Bund, Ländern und Gemeinden:

- Die Parlamente sollten verkleinert werden. Der Bundestag sollte maximal 500 Sitze haben. Die zuvor erfolgte Verkleinerung reicht dem Steuerzahlerbund nicht aus. Mit einer erneuten Verkleinerung könnten laut Steuerzahlerbund rund 125 Millionen DM eingespart werden. Auch die Landesparlamente sollten verkleinert werden.
- In der Bundesregierung sollten alle parlamentarischen Staatssekretäre abgeschafft werden.
- Der Steuerzahlerbund hält den Regierungsapparat für „unnötig aufgeblasen“ und fordert deshalb eine Reduzierung der Ministerien auf acht: Auswärtiges, Inneres, Verteidigung, Finanzen und Justiz als klassische Ressorts. Hinzu kämen drei weitere Ressorts: Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Arbeit, Soziales und Gesundheit sowie ein Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt. Beispielsweise sollte das gesellschaftspolitisch aktive Familienministerium abgeschafft werden.
- Gegen die „maßlose Überversorgung“ der Politiker sollte vorgegangen werden. Insbesondere betrifft dies zum einen eine Diätenreform, nach der im Kern die Politiker ihre Altersversorgung selbst tragen sollen. Zum anderen geht es um üppige Übergangsgelder und steuerfreie Aufwandspauschalen der Bundestagsabgeordneten.
- Der Steuerzahlerbund möchte die derzeitige Parteienfinanzierung durch mehr Transparenz und durch weniger Ausgaben für die Parteien reformieren. Die Parteifinanzierung sollte auf ein „vertretbares Maß zurückgeschraubt“ werden. Im Einzelnen sollten die steuerliche Begünstigung von Parteispenden vermindert und die Spenden von Abgeordneten an ihre Parteien („Parteisteuern“) unterbunden werden. Interessanterweise spricht sich der Steuerzahlerbund gegen ein Verbot von Unternehmensspenden an

31 So beschwört der Text gleich im ersten Absatz, dass „unpopuläre Maßnahmen“ zu ergreifen seien und mit „großen Widerständen“ zu rechnen sei. Vgl. Präsidium des Bundes der Steuerzahler e.V., Sparpaket für die Politik. Mit gutem Beispiel vorangehen – Vertrauen zurückgewinnen. Finanz- und Steuerinformation Nr. 39, Juni 2000.

32 www.steuerzahlerbund.de/webcom/show_page.php/_c-46/_nr-1/i.html (Zugriff am 16.04.2008).

Parteien aus und möchte auch kein generelles Verbot von Spenden, weil dadurch Mitgliederparteien bevorzugt würden.

- Darüber hinaus wendet sich der Steuerzahlerbund gegen die bestehende Finanzierung von Fraktionen, parteinahen Stiftungen und Abgeordnetenmitarbeitern. Für die Finanzierung der Fraktionen sollte eine Obergrenze eingeführt sowie für die der Stiftungen eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Zudem sollten die Ausgaben für Mitarbeiter von Abgeordneten begrenzt werden, da diese für die Parteiarbeit und Wahlkampfzwecke eingesetzt würden.
- Ferner plädiert der Steuerzahlerbund für eine weitere Verschlankung des öffentlichen Dienstes und einen schnelleren Stellenabbau. Um den öffentlichen Sektor weiter zu verkleinern, schlägt der Verband weitere Privatisierungen vor.

Im Visier der Steuerzahlerbundes steht die politische Klasse, der vorgeworfen wird, ausschließlich und rücksichtslos in eigener Sache zu entscheiden. Beim Steuerzahlerbund glaubt man, sich moralisch im Recht zu befinden, da es keine andere gesellschaftliche Gruppe gebe, die sich entgegenstelle, wenn Politiker wieder in die Taschen der Bürger greifen.

Zweifelsohne ist es angebracht, über die Diäten von Abgeordneten und ihre Altersversorgung öffentlich zu diskutieren, denn hier besteht eine ganze Reihe von Missständen. Der Steuerzahlerbund ist aber nicht mehr der einzige Akteur, der dies thematisiert. Auch in der Wissenschaft wird diese Debatte seit mehr als einem Jahrzehnt intensiv geführt³³, und in der Zivilgesellschaft gibt es noch weitere Gruppen, die hierauf einen kritischen Blick geworfen haben.³⁴ Was beim Steuerzahlerbund allerdings auffällt, ist die Art und Weise seiner Argumentation: zum einen die Bewertung aus der Perspektive kleiner Gewerbetreibender, in der es den „Angestellten“ nicht zustehe, eigenständig zu entscheiden; zum anderen ist es sein Ton, der befremdet. Denn als Maßstab, um das Handeln und Einkommen der Politiker zu beurteilen, wird der Durchschnitt eines normalen Einkommensbeziehers herangezogen, und alles, was darüber liegt, gilt als schwer zu rechtfertigen. Dies öffnet Ressentiments Tür und Tor, und mit diesen spielt der Bund der Steuerzahler. Zudem kommt immer aufs Tapet, dass der gesamte Politikapparat für den Steuerzahler ohnehin eine kostspielige und im Prinzip überdimensionierte Angelegenheit sei.

Einen etwas anderen Weg ging der Bund der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen, wo er einen Erfolg in der Reform der Abgeordnetendiäten über eine Volksinitiative erreichte.³⁵ Ausgangspunkt war eine Diätenkommission, die der Landtag in Düsseldorf am 23. März 2001 eingesetzt hatte. Als Vertreter des Steuerzahlerbundes saß Georg Lampen, der Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler NRW e.V., in der Kommission. Etwa ein Jahr später übergab die Kommission dem Präsidenten des Landtags ihre Empfehlungen, deren Kernpunkt eine Verdoppelung der Diäten von 4.807 Euro auf 9.500 Euro monatlich betraf. Im Gegenzug sollten alle steuerfreien Aufwandspauschalen wegfallen und die Abgeordneten ihre Altersversorgung selbst organisieren und sich auch selbst krankenversichern.

Nachdem es anfänglich so ausgesehen hatte, als würde der Landtag die Empfehlung der Kommission annehmen und in ein Gesetz überführen, zeichnete sich im Spätsommer 2004 ein Scheitern des Gesetzes ab. Daraufhin beschloss der Steuerzahlerbund Nordrhein-Westfalen, eine Volksinitiative mit einem anschließenden Volksbegehren einzuleiten. Hierfür waren rund 66.000 Unterschriften von Wahlberechtigten notwendig, die in den ersten Monaten des Jahres 2005 auch gesammelt werden konnten; es kamen sogar rund 107.000 Unterschriften zusammen. Die Landtagsparteien realisierten nun, dass mit der Volksinitiative auch eine mediale Mobilisierung erreicht worden war und der Wind ihnen jetzt heftig entgegenschlug. Am

33 Siehe dazu: Wolfgang Rudzio, Die Parteienfinanzen und die Zukunft des Parteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/2000, S. 428–440; Karl-Heinz Nassmacher, Parteifinanzierung in Deutschland, in: Oskar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 157–176.

34 Beispielsweise Lobby Control, Transparency International und Abgeordneten Watch.

35 Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V., Die Reform der Abgeordnetenbezahlung in Nordrhein-Westfalen 2005. Ein Vorbild für die Parlamente in Deutschland, Düsseldorf 2005.

17. März 2005 schließlich verabschiedete der Landtag Nordrhein-Westfalens das Gesetz zur Neuregelung der Abgeordnetenbezüge.

Der nordrhein-westfälische Landesverband des Steuerzahlerbundes ist allerdings etwas untypisch für den Gesamtverband, denn er wirkte konstruktiv bei der Neuregelung der Abgeordnetendiäten mit und schreckte auch nicht davor zurück, ein Element von Grassroot-Bewegungen zu nutzen. Nicht zuletzt deshalb ist er auch als nicht exemplarisch für den Steuerzahlerbund zu sehen, denn er hat sich auf der kommunalen Ebene sehr stark in der Beratung von Kommunen und Kommunalverwaltungen engagiert und pflegt den konstruktiven Dialog mit der Politik, ohne in das Extrem beispielsweise des bayerischen Landesverbandes zu verfallen.

2. Steuer- und Haushaltspolitik

Der Bund der Steuerzahler kämpft nach eigenem Bekunden für

- ein einfaches und gerechtes Steuersystem,
- eine geringere Steuer- und Abgabenbelastung,
- eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung von Steuergeldern,
- einen leistungsfähigen und modernen Staatsapparat.

Dies ist die knappe Selbstdarstellung seiner Website³⁶, die auch in den Satzungen der Landesverbände und des Bundes der Steuerzahler Deutschland ihren Niederschlag findet.

Der Steuerzahlerbund erhebt für sich den Anspruch, der Kontrolleur der öffentlichen Finanzwirtschaft, also der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zu sein, quasi der Bundesrechnungshof auf der zivilgesellschaftlichen Seite. Diesen hohen Anspruch verbindet und bekräftigt er mit seinem Mandat, das zum einen in der Satzung niedergelegt ist und zum anderen aus seiner Selbstdefinition der eigenen Rolle resultiert: nämlich für alle Steuerzahler zu sprechen. Zudem erhebt er für alle jene die Stimme, die über ihre Abgaben und Beiträge den Sozialstaat finanzieren.

Aus der Geschichte und der Praxis des Steuerzahlerbundes aber ist zu ersehen, dass es noch andere inhaltliche Vorstellungen gibt, mit denen er weit über die formale Kontrolle staatlicher Ausgaben hinausgeht. Einer der Gründer des Bundes der Steuerzahler, Professor Dr. Günter Schmolders, nannte „die maßlose Expansion der Staatswirtschaft auf Kosten der Steuerzahler in der Allgemeinheit und das Eindringen dilettantischen Bürokraten in das empfindliche Getriebe des Marktes“³⁷ als wesentliche Gründe für das Aufkommen von Steuerzahlerbewegungen. Ein Ziel des Steuerzahlerbundes ist es daher, die Ausgaben des Staates und damit die Staatstätigkeit zu reduzieren. Neben dem Kampf für eine einfache Steuergesetzgebung³⁸ geht es dem Steuerzahlerbund vor allem um niedrige Steuersätze. Eine Staatsquote von etwa einem Drittel wäre für ihn ideal; die realistische Zielmarke ist indes, die Staatsquote auf unter 40 Prozent zu drücken.

Dies bedeutet gleichzeitig, dass man beim Steuerzahlerbund offen zugibt, mit den Transferleistungsempfängern – mit Gruppierungen wie Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften – nichts zu tun zu haben (bzw. zu wollen). Bestimmte Leistungen im Sozialbereich – Pflegeversicherung und Krankenversicherung³⁹ – könnten durchaus privatisiert werden. Denn man wolle vielmehr die Leistungsträger der Gesellschaft bei Laune halten.

36 www.steuerzahlerbund.de/webcom/show_page.php/_c-77/_nr-1/_lkm-32/i.html (Zugriff am 25.04. 2008).

37 Günter Schmolders, Das Selbstverständnis von Steuerzahlerbewegungen im Ausland, in: Bund der Steuerzahler e.V., Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit, Wiesbaden 1983, S. 11.

38 Formal unterschreiben dies alle Mitglieder, doch Steuerberater – ein wesentlicher Teil der Mitgliedschaft – leben von komplizierten Steuergesetzen.

39 Der Bund der Steuerzahler hat sich in einem Grundsatzpapier zum Kopfpauschalmodell der CDU/CSU bekannt.

Diese Haltung betrifft auch ganz aktuelle Fragen der Steuergerechtigkeit, die unterschiedlich häufigen Steuerprüfungen in den Bundesländern, die Steuerflucht und das faire Eintreiben von Steuern. Hier nimmt der Steuerzahlerbund eher eine defensive Haltung ein und spricht sich, anders als die Steuergewerkschaft, gegen eine höhere Zahl von Steuerfahndern aus. Denn diese würden nicht mehr Steuern eintreiben, weil die großen Unternehmen ohnehin schon geprüft würden und bei den kleinen Firmen wenig an Steuermehreinnahmen erzielt werden könnte. Hingegen würde ein allgemein weniger belastendes Steuersystem eine höhere Akzeptanz des Steuerstaates in der Gesamtbevölkerung schaffen.

Aus den Pressemeldungen des Steuerzahlerbundes, die sich mit der Steuer- und Haushaltspolitik beschäftigen, ist eine klare inhaltliche Tendenz ersichtlich:

Pressemeldungen des Bundes der Steuerzahler (BdSt)

Datum	Inhalt
2007	
11.12.2007	Erbschafts- und Schenkungssteuerreform. BdSt begrüßt, dass Unternehmen bis zu einem Verkehrswert steuerfrei übergeben werden können
03.11.2007	BdSt fordert Rückkehr zur alten Pendlerpauschale
24.10.2007	Bezugsdauer von ALG I darf nicht verlängert werden
21.09.2007	Beitragsatz für Arbeitslosenversicherung auf 3 Prozent senken
27.08.2007	Abschaffung des Solidaritätszuschlags Absetzbarkeit privater Steuerberatungskosten
30.07.2007	Sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlags
06.07.2007	Abschaffung der Erbschaftsteuer
15.07.2007	Unternehmenssteuerreform: weitere Entlastung des Mittelstandes Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter
16.04.2007	Keine Beitragserhöhung in der Pflegeversicherung Einführung privater kapitalgedeckter Zusatzversicherung
27.02.2007	Ablehnung des Finanzierungskonzepts für den Rechtsanspruch auf kostenlose Kinderbetreuung Ablehnung der Abschaffung des Ehegattensplittings
2006	
12.12.2006	BdSt fordert ermäßigten Steuersatz für Medikamente
06.12.2006	ALG I: Stärkung des Äquivalenzprinzips; Verkürzung der Bezugsdauer
03.11.2006	Unternehmenssteuerreform: Abschaffung der Gewerbesteuer
12.10.2006	Gesundheitsreform: keine Finanzierung aus Steuermitteln
22.06.2006	Gesundheitsreform: Überprüfung des Leistungskatalogs; Forderung nach Ausgabenkürzungen; mehr Eigenverantwortung
07.03.2006	BdSt begrüßt Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten als Werbungskosten
30.01.2006	Steuerreform: BdSt begrüßt den Vorschlag der Stiftung Marktwirtschaft; Beseitigung von sozial-, lenkungs- und wahlpolitisch motivierten Ausnahmen
09.01.2006	BdSt gegen die Einführung von Kombilöhnen

Der Steuerzahlerbund argumentiert darüber hinaus mit dem ständig wiederholten Argument, dass jede Maßnahme, die sich um Detailkorrekturen bemüht, nur die zweitbeste Lösung ist der „bessere und effizientere Weg sei eine allgemeine und nachhaltige Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung“.⁴⁰

40 Präsidium des Bundes der Steuerzahler e.V., Stellungnahme zur Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags am 8. März 2008 zum „Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung“.

VI. Handlungs- und Aktionsformen

1. Symbolische Aktionen

Obwohl der Bund der Steuerzahler sehr traditionelle Verbandsstrukturen aufweist und sein Personal auch eher eine herkömmlich-gediegene Verbandstätigkeit vermuten lässt, so hat er doch eine Reihe von symbolischen Aktionsformen entwickelt, die mit ihren plakativen Vereinfachungen in den Trend der Medialisierung der Gesellschaft passen. Mit diesen symbolischen Aktionsformen möchte der Verband Aufmerksamkeit auf sich und seine Themen ziehen, tut dies aber – nicht zuletzt durch seine zu- und überspitzten Slogans – mit Mitteln der pauschalen Schelte, der Unterstellung und des Vorurteils.



Schuldenuhr über dem Eingang des Bundes der Steuerzahler Deutschland in Berlin

Die Schuldenuhr, die über dem Türeingang des Präsidiums des Steuerzahlerbundes in Berlin angebracht ist, gehört zu den bekanntesten symbolisch befrachteten Kommunikationsinstrumenten des Verbandes. Das digitale Zählwerk zeigt in roter Leuchtschrift den aktuellen Stand der Staatsverschuldung, den Schuldenzuwachs pro Sekunde und die Schulden pro Kopf an. Die gegenwärtige Staatsverschuldung beläuft sich demnach auf 1.495.271.774.188 Euro (Stand 18. April 2008, 11.30 Uhr), und sie nimmt pro Sekunde um 474 Euro zu. Mit dieser äußerst plakativen Symbolisierung der Staatsverschuldung verbindet sich ein zentraler Slogan des Steuerzahlerbundes: „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“, dessen Brisanz durch die ständig steigenden Zahlen unterstrichen wird. Die Schuldenuhr ist auch ein äußerst beliebtes Fotomotiv für die Presse, um das abstrakte Thema der Staatsverschuldung zu veranschaulichen. Fazit: Der Steuerzahlerbund weist mit diesem sehr einfachen symbolischen Instrument auf seine Forderungen nach Steuersenkungen und dem Verbot einer weiteren Staatsverschuldung ausgesprochen medienwirksam hin.

Der Präsident des Steuerzahlerbundes, Karl Heinz Däke, versteht es meisterhaft, auch andere symbolische Instrumente zu nutzen, um auf die Anliegen des Steuerzahlerbundes aufmerksam zu machen. Als Gerhard Schröder noch Kanzler war, versuchte Däke es mit Grassroot-Techniken. Mit einem „Protestbus“ wollte er in Berlin eine „Steuerprotestlinie“ im öffentlichen Nahverkehr errichten, mit der er durch Berlin fuhr und erklärte, wo überall Steuern verschwendet werden.⁴¹ Ähnlich agieren heute Gruppen wie Lobby Control, die für Brüssel und Berlin einen Führer durch das Regierungsviertel herausgebracht haben und Rundgänge organisieren, bei denen gezeigt wird, wo die Lobbybüros zu finden sind. Eine etwas rabiater Form sind die Spaziergänge zu den Villen der Reichen, wie sie beispielsweise in Berlin im Zusammenhang der Affäre um die Berliner Landesbank organisiert wurden.

41 Vgl. dazu: Der Spiegel, 4/2003: „Der Geisterfahrer“.

Ein weiteres umstrittenes Mittel der symbolischen Zuspitzung ist der „Steuerzahlergedenktag“, den der Steuerzahlerbund jedes Jahr an einem bestimmten Tag medienwirksam inszeniert. Dieser Gedenktag soll symbolisch jenen Tag im Jahr markieren, für den der Steuerzahlerbund einen statistischen Wert als „volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote“ ermittelt hat. Dementsprechend wurde im Jahr 2007 der 13. Juli als Steuerzahlergedenktag seitens des Steuerzahlerbundes ausgerufen, denn erst ab diesen Tag würden die Bürgerinnen und Bürger wieder für sich selbst arbeiten; davor hätten sie nur für den Staat gearbeitet.⁴² Und erst ab diesem Zeitpunkt würden die Mühen der Arbeitsanstrengungen in das eigene Portemonnaie fließen.

Der Steuerzahlergedenktag, der für die Medien ein hervorragendes Mittel der Vereinfachung darstellt, ist in mehrerer Hinsicht umstritten: Zunächst ist es die Berechnung, die infrage gestellt wird. In früheren Jahren hatte der Steuerzahlerbund noch von einer „gesamtwirtschaftlichen Abgabenquote“ gesprochen; heute ist es die „volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote“, die dadurch sinnfällig gemacht werden soll. Die Differenz zwischen diesen beiden Berechnungsarten ist darauf zurückzuführen, dass in der zweiten Methode die Abschreibungen einbezogen sind und deshalb diese Quote höher liegt.⁴³ Entscheidend für den Steuerzahlerbund ist jedoch, dass der „Steuerzahlergedenktag ein guter Indikator dafür ist, wie sich der Staat im Lauf der vergangenen Jahre ausgedehnt hat“.⁴⁴ 53 Prozent der Unternehmensgewinne und der Arbeitslöhne würden „abgeschöpft“, so ist vom Steuerzahlerbund zu hören, und mit diesem Faktum müsse man die Bevölkerung aufrütteln.

Nicht zuletzt kritisiert wird der Steuerzahlergedenktag aufgrund der Art und Weise, wie die Motive und Anlass für ihn durch den Steuerzahlerbund kommuniziert werden. Die Aussage, dass man bis zum 13. Juli für „den Staat“ gearbeitet habe, suggeriert, man habe lediglich für irgendeinen anonymen Akteur Zahlungen geleistet. Die steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger hätten somit quasi zwangsweise für jemand anderen gearbeitet, sich also dabei in einem Zustand der Unfreiheit befunden. Nicht erwähnt wird jedoch, dass zu diesen Abgaben auch Sozialversicherungsbeiträge gehören, die nicht an das Finanzamt gehen und für die im Gegenzug – z.B. im Falle der Krankenversicherung – auch unmittelbarer Schutz gewährleistet wird. Hierauf wird in den Presseerklärungen meist erst ganz weit unten hingewiesen, also dass es für die gezahlte Steuern auch Gegenleistungen des Staates gibt. Solche wichtigen Informationen für den Gesamtzusammenhang werden in der Presse aber häufig nicht transportiert: eben weil sie die „zentralen Botschaften“ relativieren würden.

2. Das Schwarzbuch

Das alljährlich erscheinende „Schwarzbuch“ ist ein weiteres symbolisches Instrument, das für die Kommunikation des Steuerzahlerbundes unverzichtbar scheint und das zentrale Kommunikationsinstrument des Verbandes darstellt. Es besteht aus rund 100 kleinen Geschichten – akribisch von den Landesverbänden des Steuerzahlerbundes recherchiert und häufig nicht mehr als eine halbe Seite lang – über Steuerverschwendung, Fehlplanungen, teure Dienstreisen, falsche Annahmen, bürokratische Kapriolen, Repräsentationssucht, überdimensionierte Gebäude, dilettantische bürokratische Maßnahmen – im Grunde über das alltägliche menschliche Unvermögen. Es sind unterhaltsame kleine Storys, die man jeden Tag im Lokalteil der Tageszeitungen nachlesen kann und die es dem Leser nahelegen, das Geld werde von der Politik zum Fenster hinausgeworfen und es herrsche landauf, landab grassierende Inkompetenz und komplette Verantwortungslosigkeit in den Rathäusern und Planungsabteilungen.

42 Steuerzahlerbund, Pressemeldung, 09.07.2007 (www.steuerzahlerbund.de/webcom/show_article.php/_c-49/_nr-388/_p-1/i.html).

43 Siehe dazu die Pressemitteilung des Steuerzahlerbundes vom 19.07.2000.

44 Steuerzahlerbund, Pressemeldungen, 05.06.1997.

Die Storys sind so geschrieben, dass sie unmittelbar von der Presse verwertet werden können. Und entsprechend groß ist der Andrang der Journalisten, wenn wieder die Veröffentlichung eines Schwarzbuches ansteht. Schon Wochen zuvor gibt es zahlreiche Anfragen beim Steuerzahlerbund, ob man nicht die eine oder andere kleine Geschichte für die eigene Zeitung hätte. Das Schwarzbuch ist also vor allem eine auf die Medien zielende Publikation.

Allerdings hat der Steuerzahlerbund dazugelernt: Er bringt im Schwarzbuch nun auch Geschichten, bei denen er die Verschwendung von Steuergeldern verhindert hat, und beschreibt die Auswirkungen vergangener Fälle. Mit diesen Elementen versucht man dem sich inzwischen verfestigten Gesamteindruck entgegenzuwirken, der Bund der Steuerzahler würde ein schlichtes Gemälde der horrenden Steuerverschwendung zeichnen. Jedoch hat der Steuerzahlerbund diesen Gesamteindruck vor Jahren selbst erzeugt, als er die Zahl von 30 Milliarden Euro Steuerverschwendung plakativ über Jahre hinweg der Öffentlichkeit als feste Größe präsentierte.

Die Bezugnahme auf diese Zahl hat sich zu einem Ritual entwickelt, auch wenn mittlerweile Karl Heinz Däke bei Pressekonferenzen zum Schwarzbuch danach lieber nicht mehr gefragt werden möchte. Heute relativiert er diese Zahl als symbolische Marke, die die Wirklichkeit nicht wiedergibt. Doch er hatte sie irgendwann einmal in die Welt gesetzt, wobei er sich auf den Bundesrechnungshof berief. Dieser wehrte sich inzwischen: „So etwas ist nicht seriös zu beziffern, wenn man nicht jeden ausgegebenen Euro prüfen will“, kritisierte Dieter Engels, der Präsident des Bundesrechnungshofs⁴⁵, und untersagte diese Bezugnahme. Mittlerweile wird auch vom Bund der Steuerzahler eingeräumt, dass diese Zahl eine reine Schätzung ist und nur die grobe Richtung anzeigt. Zudem könne man mit den Beispielen, die im Schwarzbuch präsentiert werden, diese 30 Milliarden Euro an Steuerverschwendung überhaupt nicht belegen. Und inzwischen gibt man offen zu, dass der Umfang der Steuergeldverschwendung nicht exakt beziffert werden könne; man würde es eben auch nicht so genau wissen.

Von Politikern ist zu hören, dass sie mit dem, was der Bund der Steuerzahler in seinem Schwarzbuch zusammengetragen hat, wenig anfangen können. Niemand möchte in dieser Publikation genannt werden, und niemand aus der Politik kann sie nutzen, zumal sie auch nicht auf eine nachhaltige Wirkung angelegt ist. Sie soll vielmehr öffentliche Aufregung erzeugen. Das Schwarzbuch ist einfach nicht dazu konzipiert, Möglichkeiten der Veränderung und durchdachte Verbesserungsvorschläge vorzulegen. Nicht die Politik, sondern die Medien sind das Ziel der Schwarzbuchs.

3. Dienstleistungen für die Mitglieder

Wie viele andere Verbände bietet der Steuerzahlerbund Dienstleistungen an, um einerseits Interessierte zum Eintritt zu bewegen und andererseits seine Mitglieder dauerhaft zu binden. Denn auch beim Steuerzahlerbund hat man bemerkt, dass die Mitglieder die geldwerten Vorteile einer Mitgliedschaft sehr genau abwägen. Selbst wenn der Steuerzahlerbund satzungsgemäß die Information der Öffentlichkeit zum Ziel hat und die Belange aller Steuerzahler vertritt, so wird doch aus dem vielfältigen Dienstleistungsangebot deutlich, dass es darum geht, die kleinen Mittelständler, die sich keinen Steuerexperten als Mitarbeiter leisten können, mit Informationen zu versorgen und ihnen bei der Lösung von steuerrechtlichen Problemen behilflich zu sein.



45 Süddeutsche Zeitung, 22.03.2005, S. 6: „Kritik, die sich dreifach lohnt“.

Das wichtigste Informationsorgan ist die Verbandszeitschrift „Der Steuerzahler“, die monatlich erscheint und die in ihrem Innenteil von den Landesverbänden gestaltet wird. „Der Steuerzahler“ enthält die Rubriken Steuerrecht mit aktuellen Themen und eine größere Rubrik mit Steuertipps, die auf kleine mittelständische Betriebe mit einigen Angestellten zugeschnitten ist. Weitere Serviceleistungen finden sich in der Rubrik „Geld und Service“, in der es beispielsweise um Steuerberatkosten geht oder um die Besteuerung von Geschenken. Zusätzliche Steuertipps gibt es in den Länderbeilagen der Zeitschrift und im hinteren Teil, wo noch einmal auf das komplette Serviceangebot des Verbandes hingewiesen wird.

Der Steuerzahlerbund hält ein auch umfangreiches Online-Angebot seiner Dienstleistungen bereit, das nur Mitgliedern zur Verfügung steht. Dort können Informationen zu den neuesten Entscheidungen und Themen als PDF heruntergeladen werden. Ferner gibt es aktuelle Steuerinformationen per Faxabruf. Online angeboten werden Informationen zu den Musterverfahren des Steuerzahlerbundes, zu den Reisekostensätzen 2008, zur Absetzbarkeit von Steuerberatkosten, zur Lohn- und Gehaltsabrechnung 2008 und zu den Berufsgenossenschaften. Die Hamburg-Mannheimer Rechtsschutzversicherungs-AG hat mit dem Steuerzahlerbund zusammen einen speziellen Finanzgerichts-Rechtsschutz für Selbständige und Mitglieder des Steuerzahlerbundes entwickelt. Dieses Angebot ist auch in Broschürenform erhältlich, beispielsweise zu folgenden Themen:

- 50 aktuelle Steuerthemen im Überblick, Juli 2007
- Haus und Steuern, Februar 2007
- Aktuelle Steueränderungen, insbesondere 2008, November 2007

Hinzu kommt eine umfangreiche Ratgeberreihe mit rund 75 Titeln in Form von Faltblättern, in denen Themen wie Reisekostenabrechnung, Auslandszuschläge, Spesenabrechnung, Scheidung und Steuern oder Kraftfahrzeuge in Betrieben verständlich dargestellt werden.

Gleichzeitig betonen die Verantwortlichen, dass der Steuerzahlerbund kein Lohnsteuerhilfeverein sei. Denn damit käme man mit einem relevanten Teil der eigenen Mitgliedschaft, den Steuerberatern, in Konflikt. Was der Verband allerdings anbietet, ist eine „Erstberatung in Steuerfragen“, die dann zustandekommt, wenn Mitglieder einfach anrufen und Auskunft zu aktuellen Fragen erbitten. Die jüngste Änderung des Rechtsberatungsgesetzes hat hier eine Erleichterung geschaffen: Der Steuerzahlerbund kann nun eine generelle Rechtsauskunft erteilen. Es wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Verband nicht den Steuerberater ersetzen könne und auch keine Jahresabschlüsse, Buchführung oder Berechnungen erstelle.

Gebündelt werden die Dienstleistungen des Verbandes in der BdSt Steuerzahler-Service GmbH, die in Wiesbaden verblieben ist. Geschäftsführer dieser Service-GmbH ist Volker Stern, der im Karl-Bräuer-Institut für Haushaltspolitik, Steuerpolitik und Steuerrecht zuständig ist.

4. Musterprozesse

Die Musterprozesse, die der Steuerzahlerbund anstrengt, sind ein wichtiges Mittel des Verbandes, um einerseits die Ziele des Verbandes und seiner Mitglieder durchzusetzen und andererseits nach außen Handlungsfähigkeit und politisches Profil zu demonstrieren. Der zurzeit wichtigste Musterprozess betrifft die Pendlerpauschale, die von der Bundesregierung auf beruflich bedingte Wegstrecken über 20 Kilometer eingeschränkt wurde; erst ab dieser Grenze können Arbeitnehmer Aufwendungen steuerlich geltend machen. Der Bund der Steuerzahler hat hier am 10. Januar 2008 einen ersten Sieg beim Bundesfinanzhof errungen; die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes steht noch aus. Die Auseinandersetzung um die Entfernungspauschale ist deshalb für den Steuerzahlerbund ein wichtiges Thema, da es zum einen in der Politik immer noch diskutiert wird und es zum anderen einen relevanten Teil der Einkommensteuerzahler betrifft.

Bei den Musterprozessen achtet der Steuerzahlerbund vor allem darauf, dass die gewählten Themen von genereller und breiter Bedeutung sind, weil er dadurch für sich werben kann. Dementsprechend kommt

es häufig dazu, dass der Verband Wünsche aus der Mitgliedschaft nach Musterprozessen ablehnen muss. Musterprozesse werden aber auch nach dem Kriterium der Erfolgsaussicht geführt, und der Steuerzahlerbund führt ungern Verfahren, bei denen er fürchten muss, dass er sie verliert.

Musterverfahren, die verfassungsrechtlich bedenkliche Regelungen des Steuerrechts betreffen, wurden zu folgenden Themen geführt bzw. unterstützt:

- Steuerfreie Kostenpauschale: Das Steuerprivileg von Abgeordneten soll auf den Prüfstand gestellt werden
- Spekulationsgewinne: Verfahren gegen rückwirkende Verlängerung der Spekulationsfrist bei der Veräußerung eines privaten Grundstücks
- Verlustverrechnung: Begrenzung der Verrechnung von Verlusten (§ 2 Abs. 3 EStG – Mindestbesteuerung)
- Wesentliche Beteiligung: Rückwirkende Absenkung der „Wesentlichkeitsgrenze“ auf 10 Prozent (§ 17 EStG)
- Verfahren gegen die Streichung des halben Steuersatzes bei der Besteuerung von Ausgleichszahlungen an Handelsvertreter
- Alterseinkünftegesetz: Einführung der nachgelagerten Besteuerung bei begrenztem Abzug von Altersvorsorgeaufwendungen
- Kindergeld/Kinderfreibetrag: Ermittlung der Einkünfte und Bezüge von Kindern bei der Gewährung von Kindergeld/Kinderfreibeträgen
- Solidaritätszuschlag: Erhebung des Solidaritätszuschlags
- Steuerberatungskosten: Streichung der Abzugsfähigkeit der Steuerberatungskosten als Sonderausgaben
- Entlastungsbetrag für Alleinerziehende
- Berufsausbildungskosten: Abzug von Kosten für ein(e) Erststudium/Erstausbildung als vorweggenommene Werbungskosten

VII. Beziehungen zu den Medien

Der Steuerzahlerbund ist aufgrund seiner Struktur und seines moralischen Anspruchs, die Interessen aller Steuerzahler zu vertreten, sehr stark an einer öffentlichen Wirksamkeit interessiert. Es sind weniger die lobbyistischen Kanäle, über die er seine Interessen transportiert, als vielmehr die auflagen- und reichweitenstarken Medien. Schon seit den 1960er und 1970er Jahren ist man sich beim Steuerzahlerbund einig, dass man lautstark „donnern“ müsse, um gehört zu werden.

In einer Mediengesellschaft haben sich die Bedingungen für die öffentliche Wirksamkeit des Steuerzahlerbundes seitdem fundamental verbessert. Und der Steuerzahlerbund versteht es auch, die massenmedialen Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit optimal zu nutzen. Der langjährige Vizepräsident, Dieter Lau, hat die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Steuerzahlerbundes in den 1980er und 1990er Jahren grundlegend modernisiert.⁴⁶ Allerdings hat dann der Präsident Karl Heinz Däke die gesamte Öffentlichkeitsarbeit an sich gezogen, so dass für Dieter Lau kaum mehr Raum blieb und er sich letztlich auch zurück zog. Ein ähnliches Modell praktiziert die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber (BDA), für die nur der „Arbeitgeber-Präsident“, Dieter Hundt, spricht.

Beim Steuerzahlerbund betreiben allerdings die Vorstände der Landesverbände eine eigenständige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, jeweils im regionalen Zuschnitt. „In früheren Zeiten gab es die Meldung vom Bund der Steuerzahler, heute ist sie ersetzt durch die Meldung vom Präsidenten des Bundes der Steuerzahler.“⁴⁷ Diesen Trend zur Personalisierung nutzte der Steuerzahlerbund geschickt aus und hat Karl Heinz Däke zu einer Machtposition verholfen, die schwer mit einer anderen Person zu besetzen ist, wenn die Nachfolge ansteht.

Für den Steuerzahlerbund sind gute Kontakte zu den Medien und den Journalisten fundamental wichtig, weil er über diese Kanäle seine Botschaften transportieren und öffentlichen Druck aufbauen kann. Und ganz besonders wichtig ist die Beziehung zu den Boulevardmedien und speziell zu den Blättern des Springer-Verlags in Berlin, hier insbesondere zur Bild-Zeitung. Dieter Lau, der ehemalige Pressesprecher, hat dies einmal unvorsichtigerweise öffentlich gemacht: Im Zusammenhang mit der Bonusmeilen-Affäre im Jahr 2002, als der Steuerzahlerbund und die Bild-Zeitung dieselbe Liste mit Politikern hatten, die dienstlich erworbene Bonusmeilen privat nutzten, nannte Dieter Lau die Bild-Zeitung einen „starken Partner“, mit dem man gemeinsam an die Öffentlichkeit gegangen sei.⁴⁸

Den Verantwortlichen beim Steuerzahlerbund ist indessen durchaus bewusst, dass man einen „Türöffner“ braucht, um neue Themen in der Öffentlichkeit zu platzieren. Und dieser Türöffner ist für den Bund der Steuerzahler nach wie vor die Bild-Zeitung: Sobald diese ein Thema gesetzt hat, könne man es weiter „seriös“ bearbeiten. Für eine solche Zusammenarbeit bietet sich beispielsweise der alljährlich begangene Steuerzahlergedenktag an. Die Medienstrategie bestand in den letzten Jahren darin, dass man sich mit der Bild-Zeitung absprach und mit ihr die Zahlen zur Steuerbelastung aufbereitete. Nachdem die Bild-Zeitung das Thema groß aufgemacht hatte, hatte der Steuerzahlerbund zum einen seine Schlagzeile, zum anderen bot sich für ihn die Möglichkeit, das Thema der hohen Steuer- und Abgabenlast auch in anderen Printmedien unterzubringen.

Das Zusammenspiel von Boulevardmedien und -journalisten und „seriösen“ Blättern organisiert der Steuerzahlerbund durch eine Strategie der Abstufung. Themen werden über die Boulevardmedien gesetzt, und dann erst kommen die Wirtschaftsjournalisten der überregionalen Tageszeitungen, weil diese sich am Agen-

46 Dieter Lau, Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, in: Präsidium des Bundes der Steuerzahler e.V., Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit. 50 Jahre Bund der Steuerzahler, Wiesbaden 1999.

47 Lau, Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, S. 63.

48 Vgl. dazu: Spiegel Online, 02.08.2002: „Lufthansa-Anzeige wegen Datenklau“ (www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,207863,00.html), Zugriff am 24.04.2008).

da-Setting von „Bild“ und „Bild am Sonntag“ orientieren. Bei einer Umfrage der Dr. Doebelin Gesellschaft für Wirtschaftskommunikation unter Wirtschaftsjournalisten aus dem Jahr 2007 belegte der Steuerzahlerbund nach dem ADAC den zweiten Platz für die Wirtschaftskommunikation. Bewertet wurden die Pressearbeit, die Professionalität und das Informationsangebot über das Internet.⁴⁹

Auch die überregionalen Tageszeitungen nehmen die gut aufbereiteten Informationen des Steuerzahlerbundes Deutschland in Berlin bereitwillig auf, und entsprechend fruchtbar ist die Zusammenarbeit der Landesverbände mit den regionalen Medien. Journalisten arbeiten gerne mit dem Steuerzahlerbund zusammen, da er ihnen einen Teil der Arbeit abnimmt. Und überwiegend sind es die Journalisten, die auf den Steuerzahlerbund zukommen und nach „guten“ Geschichten fragen, damit sie nicht mehr selbst recherchieren müssen. Die meisten Anfragen im Präsidium in Berlin stammten allerdings von den Boulevardmedien, die nach einer „knackigen“ Formulierung des Präsidenten für eine Geschichte suchten.

In der Berliner Zentrale des Steuerzahlerbundes ist den Verantwortlichen klar, dass sie heutzutage mit Pressemeldungen und Pressekonferenzen wenig bewirken können. Gefragt sind vielmehr individuelle Medienstrategien zu bestimmten Themen, mit denen den Medienmachern auch aufgezeigt wird, welche Themen für die Leserschaft interessant sind und wie diese aufbereitet werden können. Die Themenselektion des Steuerzahlerbundes erfolgt nach den Regeln der medialen Aufmerksamkeit, Auflage und Einschaltquote.

Der Steuerzahlerbund ist für bestimmte Themen quasi das Archiv und die Recherchestelle für Boulevardjournalisten. Wenn ein wichtiges Thema ansteht, beispielsweise der Rücktritt eines Ministers, gibt es von Journalisten ein kurzes Fax an den Steuerzahlerbund, mit der Bitte, dessen Pensionsansprüche doch auf Euro und Cent auszurechnen. Die Zahlen hierzu kommen vom Steuerzahlerbund postwendend, rechtzeitig für die Ausgabe am nächsten Tag. Das Angenehme für die Journalisten besteht darin, dass man sich hinter den Zahlen, die man gar nicht selbst hätte rechnen können, verstecken kann, indem man einfach sagt: „Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler ...“ Und kein Journalist setzt sich der Gefahr aus, die Geschichte durch eigene Recherche kaputtzumachen.

Es existieren also nicht nur symbiotische Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten⁵⁰, auch zwischen Steuerzahlerbund und Boulevardmedien sind solche Effekte zu beobachten. Beide nutzen und leben von Neideffekten und des grassierenden Sichvergleichens in der Gesellschaft. Beide haben die politische Klasse im Visier und erzeugen das Gefühl, von Raffkes, Abzockern und Unfähigen regiert zu werden. Jenseits des berechtigten Protestes gegen Steuergeldverschwendung und überzogene Politikergehälter ist es aber gerade die Personalisierung, die angesichts der realen Einkommensverluste in der breiten Bevölkerung ein Gefühl des Neids erzeugt. So haben sich immer zur Jahreswende Journalisten der Springer-Boulevardmedien und der Steuerzahlerbund zusammengesetzt und geprüft, welche Belastungen durch die Gesetzgebung auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen werden. Der Steuerzahlerbund hat die Daten errechnet und sie den Journalisten zur Verfügung gestellt. Vielfach gab es auch die Praxis, dass Kommentare von Karl Heinz Däke „kalt“ geschrieben und dann nur noch zur Absegnung an den Steuerzahlerbund geschickt wurden.

Die enge Zusammenarbeit mit den Boulevardmedien hat allerdings auch eine Kehrseite, mit der der Steuerzahlerbund zum Gefangenen der eigenen Medienstrategie geworden ist. Da die Boulevardmedien nur kurze, kleine und leicht zu verstehende Geschichten verwenden können, sind alle anderen Themen, die etwas komplexer sind und sich nicht zur Skandalisierung eignen, kaum mehr öffentlichkeitswirksam zu transportieren. Viele Themen lassen sich eben nicht in der Bild-Zeitung unterbringen. Beispielsweise ist der Knick im Einkommensteuertarif, nach dem sich bei einem bestimmten Einkommen die Einkommensteuer deutlich erhöht, nicht mehr über die Boulevardmedien zu vermitteln. Das Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes, das mehr oder minder nur noch solche kleinen, eingängigen und sinnfälligen Themen behandelt, ist Produkt

49 Dr. Doebelin Gesellschaft für Wirtschaftskommunikation mbH. Befragt wurden 308 Fachjournalisten (www.wp-online.de/umfragen/index.html).

50 Tissy Bruns, Republik der Wichtiguer. Ein Bericht aus Berlin, Freiburg 2007.

dieser symbiotischen Gefangennahme, ebenso wie die jährlich in den Boulevardmedien regelmäßig auftauchenden 30 Milliarden Euro an Steuerverschwendung. Versorgungsansprüche von Politikern lassen sich unkompliziert ausrechnen und eine überdimensionierte Umgehungsstraße irgendwo in Norddeutschland leicht als Verschwendung von Steuergeldern brandmarken; wenn es aber um schwierigere und komplexe Themen wie die Gesundheitsreform oder die Kinderbetreuung geht, dann schweigt der Steuerzahlerbund.

Der Präsident Karl Heinz Däke ist eine Medienfigur und wird als solche auch weiterhin unterstützt und gefördert, weil die Medien diese Art der Informationsaufbereitung und Kommunikation benötigen. Doch hinter dieser Struktur von Geben und Nehmen verbirgt sich ein schleichender Reputationsverlust des Steuerzahlerbundes, der sich nicht sofort bemerkbar macht, der aber die ganze Organisation in einen Abwärtstrend bringt. Das symbiotische Verhältnis zu den Boulevardmedien hat einen hohen Preis: den Verlust der Seriosität der eigenen Arbeitsweise.

VIII. Fazit und Problembereiche

Mitglieder

Der Mitgliederrückgang wird sich für den Bund der Steuerzahler nicht so leicht aufhalten lassen. Seit dem Höchststand von 2001 mit 426.600 Mitgliedern hatte er einen Schwund von mehr als 90.000 Mitgliedern zu verzeichnen. Im Januar 2008 hatte der Steuerzahlerbund nur noch 330.500 Mitglieder: insgesamt ein Verlust von 22,5 Prozent. Noch härter traf es die Landesverbände Bayern mit 30 Prozent, Berlin mit 35 Prozent, Brandenburg mit 39 Prozent, Sachsen mit 41 Prozent und Hamburg mit 29 Prozent. Interessant ist des Weiteren, dass dort, wo die höchsten Beiträge zu entrichten sind, es die größten Mitgliederverluste gibt.

Verbandsintern geht man davon aus, dass sich der Abwärtstrend weiter fortsetzen wird, zumal der Steuerzahlerbund derzeit über keinerlei Mittel verfügt, diesen aufzuhalten – nicht zuletzt deshalb, weil das Wachstum in den Jahrzehnten zuvor vor allem das Ergebnis der lukrativen Zusammenarbeit mit der Hamburg-Mannheimer Versicherung war, die in guten Jahren bis zu 50.000 neue Mitglieder erbracht hatte. Da immer auch Austritte zu verzeichnen waren, führte dies zu einem Nettoergebnis von rund 20.000 Mitgliedern pro Jahr. Mit eigenen Werbern und Werberinnen ist der Verlust nicht zu kompensieren; die Werbung würde für einen Landesverband pro Jahr mehr als eine Million Euro kosten. Allein Baden-Württemberg hatte in der Zeit vor der Zusammenarbeit mit der Hamburg-Mannheimer Versicherung rund 60 Frauen als Werberinnen beschäftigt.

Die Kooperation mit der Hamburg-Mannheimer Versicherung, die nach wie vor besteht, läuft unbefriedigend, weil die Versicherungsvertreter nur noch rund ein Drittel der zugesagten Mitglieder werben. Ein weiteres Problem kommt hinzu: Zwischen der Versicherung und dem Bund der Steuerzahler fließt Geld. Der Steuerzahlerbund zahlt an die Versicherung eine Provision in Höhe eines Jahresbeitrags, und die Versicherung hat sich verpflichtet, an den Steuerzahlerbund für jedes nicht geworbene Mitglied – im Vertrag ist eine bestimmte Quote festgelegt – die Hälfte eines Jahresmitgliedsbeitrags zu entrichten. Beispielsweise hat der Landesverband Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren mehrere tausend Euro für nicht geworbene Mitglieder von der Hamburg-Mannheimer Versicherung erhalten.

Intern wird auch darüber diskutiert, die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen, damit der finanzielle Verlust kompensiert werden kann. Aber dies würde den Abwärtstrend nur verstärken.

Die Mitgliederkrise beim Steuerzahlerbund hat drei Dimensionen: Erstens hat sie sinkende finanzielle Mittel zur Folge, was die Beweglichkeit des Verbandes einschränkt. Zweitens schmälert sie die Legitimationsbasis des Verbandes, seine Stimme wird schwächer. Und drittens verstärkt sie die Tendenz, dass der Verband immer stärker zu einer Interessengruppe der kleinen Selbständigen und des kleinen Mittelstandes wird. Denn nur diese Gruppen lassen sich werben. Der Bund der Steuerzahler gerät damit langsam in eine Schiefelage mit abnehmender Legitimationsbasis.

Nachfolge von Karl Heinz Däke

Der Verband tut sich schwer, einen Nachfolger für Karl Heinz Däke als Präsident zu finden. Nachdem eine Findungskommission eingesetzt und verschiedene Namen diskutiert worden waren, kam man zum Ergebnis, dass Däke 2009 noch einmal antreten müsse. Intern hatte man die Präsidentschaft einigen der Landesverbände angeboten, doch alle winkten ab. So wird Däke nun im Jahr 2009 erneut kandidieren, obwohl es bereits bei der letzten Wahl erhebliche Vorbehalte gegen ihn gegeben hatte. Als Nachfolger von Däke sollte Bernhard Zentgraf vom Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen aufgebaut werden. Doch allen ist gleichzeitig bewusst, dass Däke das Ruder nicht herumreißen kann, vielmehr stabilisiert er die alten Strukturen gerade auch in den Landesverbänden.

Governance-Strukturen und Transparenz

Mit der Entscheidung, dass Däke weiter Präsident bleiben soll, hat man auch die Diskussionen um eine Reform der Verbandsstrukturen vertagt. Von vielen wird schon seit längerem gefordert, dass der Verband sowohl auf der Bundesebene als auch in den Ländern nach dem Kammermodell organisiert werden sollte. Dieses Modell sieht vor, dass die Spitze – Präsident oder Vorstand – ehrenamtlich agiert und es auf der Arbeitsebene hauptamtliche Geschäftsführer gibt, die für Kontinuität sorgen. Bislang ist es so, dass beim deutschen Steuerzahlerbund der Präsident dieses Amt hauptberuflich ausübt. Auch in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Baden-Württemberg wird dieses Modell angewandt. In den anderen Landesverbänden befindet sich die Leitung in ehrenamtlichen Händen. Verbandsintern wird daher die Herrschaft der Funktionäre beklagt, also von Personen, die beim Steuerzahlerbund ihre Berufslaufbahn begonnen haben und nun in gut bezahlten Wahlämtern sitzen.

Ein weiteres Problem kommt hinzu: Für einen Verband, der sich als das „Finanzgewissen der Nation“ begreift und als Akteur die Durchsetzung des Gemeinwohls im Auge hat, gelten hohe Anforderungen der Transparenz. Außerdem versteht sich der Verband als Kontrolleur der Politik, insbesondere der politischen Klasse und deren Einkünfte. Aber während der Gehaltsaffäre um Karl Heinz Däke wurde seitens des Steuerzahlerbundes argumentiert, dass Däke nur den Mitgliedern gegenüber verantwortlich sei und nicht der Öffentlichkeit.

Der Steuerzahlerbund hat als Nonprofit-Organisation einen Nachholbedarf im Bereich der Corporate Governance und Transparenz. Beispielsweise wäre es angebracht, wenn er seine Rechenschaftsberichte ins Internet stellen und mehr Informationen (Nebentätigkeiten, Interessenbindungen, Gehälter, Mitgliedschaften) zu den Vorsitzenden und Vorständen veröffentlichen würde. Dies betrifft auch die Aufwendungen für die Verwaltungsräte, die in den einzelnen Landesverbänden ganz unterschiedlich gehandhabt werden.⁵¹ Wer von den Politikern die Offenlegung des Gehalts verlangt, muss dies auch für sich selbst gelten lassen, zumal wenn das Gehalt durch Mitgliedsbeiträge aufgebracht wird. Gerade für einen Verband, der sich als zivilgesellschaftliche Organisation versteht, gelten andere Governance-Regeln als für einen privaten Akteur. Transparenz nach innen reicht nicht aus.

Karl-Bräuer-Institut

Das Karl-Bräuer-Institut (KBI) ist heute ein Torso und kann kaum an vergangene glorreichere Zeiten anknüpfen. Es gibt keine richtige Leitung des Instituts, und Teile von ihm befinden sich immer noch in Wiesbaden. Das größte Problem des Instituts besteht darin, dass es weder in der Scientific Community noch in der Öffentlichkeit wahrgenommen und anerkannt wird. Dies liegt daran, dass es in der Entwicklung, die sich im Bereich der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vollzogen hat, zurückgefallen bzw. stehen geblieben ist. Es hat weder Anschluss an die akademische Welt, noch kann es mit dem Publikationstempo und den Vermarktungsstrategien anderer Institute mithalten.

Das Karl-Bräuer-Institut wurde zum verbandsinternen Dienstleister degradiert, ohne ein eigenes Profil entwickeln zu können. Hinzu kommen die internen Spannungen: Während der Steuerzahlerbund die Zusammenarbeit mit den Boulevardmedien sucht, um öffentlichkeitswirksam Themen zu platzieren, verhält man sich beim KBI gegenüber der Bild-Zeitung reserviert.

Neues und gutes Personal, das das Karl-Bräuer-Institut bräuchte, ist angesichts der schwindenden Mitgliederzahlen und der damit enger werdenden finanziellen Spielräume des Verbandes schwer zu gewinnen. Die hohe Fluktuation und das niedrige Gehaltsniveau steigern die Attraktivität des KBI nicht gerade. Darüber hinaus steht das Institut in der zweiten Reihe in der Verbandshierarchie. Zu Anhörungen des Parlaments

⁵¹ So gab es beispielsweise im Landesverband Bayern in den 1990er Jahren extrem hohe Aufwendungen (rund 15.000 Euro pro Mitglied) für ein ehrenamtliches Gremium, das zweimal im Jahr zusammentritt.

und öffentlichen Auftritten werden nur der Präsident Karl Heinz Däke oder die Leiter der Arbeitskreise des Verbandes eingeladen. Auf diese Weise kann das Institut kein Ansehen gewinnen.

Medienorientierung

Der Steuerzahlerbund droht mit seiner starken symbiotischen Bindung an die Boulevardmedien seine Reputation zu verlieren. Je mehr man die eigenen Produkte an den Bedürfnissen bestimmter Medien ausrichtet, desto mehr gerät man in ihren Sog, und desto größer wird die Gefahr, dass der Steuerzahlerbund mit seinen Produkten zur Medienerfindung wird. Der Steuerzahlergedenktag und das Schwarzbuch verkommen zu Routineveranstaltungen. „Am liebsten Superlativ“, titelte die Süddeutsche Zeitung zum jährlichen Steuerchock von Karl Heinz Däke⁵², und im manager-magazin hieß es: „Jedes Jahr dasselbe“.⁵³ Die Zahl von 30 Milliarden Euro an Steuergeldverschwendung wird inzwischen rituelmäßig genannt – ohne genauen Beleg.

Die plakativen Aktionen und Kampagnen dienen auch dazu, gegenüber den Mitgliedern einen Nachweis für die eigenen Aktivitäten zu erbringen. Die Boulevard-Storys sind ein probates Mittel, um solche Aktivitäten nachzuweisen, sie führen aber in einen Teufelskreis. Mit diesen Aktionen wurde zwar öffentliche Aufmerksamkeit erreicht, doch schaffte man es nicht, diese Aufmerksamkeit auch auf andere Themen zu lenken. Und damit verselbständigte sich die Tendenz der Generierung von Aufmerksamkeit über populistische Themen. Ein Beispiel für die Verselbständigung von Inszenierung ist das Schwarzbuch.

Hinzu kommt, dass die Kritik an der Politikfinanzierung mit dem Neidfaktor arbeitet. Wenn die Abgeordneten als „Angestellte des Volkes“ eingestuft werden, bei allen Argumentationen der Durchschnittsverdiener als Maßstab herangezogen und die Kritik an der Politikfinanzierung immer personalisiert wird, dann schürt dies das Sichvergleichen und letztlich den Neid und stachelt den Statuswettbewerb an. Der Steuerzahlerbund fördert damit eine Richtung, gegen die er sich eigentlich mit seinen politischen Forderungen wendet, nämlich mehr Wettbewerb und eine größere Einkommens- und Leistungsdifferenzierung. Damit macht sich der Steuerzahlerbund in seinen Aktionen und Inhalten von den Gesetzen der Boulevardmedien extrem abhängig.

Schwieriger Spagat

Der Steuerzahlerbund vollzieht einen schwierigen Spagat: Auf der einen Seite versteht er sich als Kontrollorgan der Politik und arbeitet hier auch gerne mit den Boulevardmedien zusammen. Auf der anderen Seite möchte er Gesprächspartner der Politik sein und versucht einen inhaltlichen Dialog zu einzelnen gesetzgeberischen Vorhaben. Der Steuerzahlerbund wird nach wie vor von der Politik gefürchtet, weil niemand von ihm skandalisiert werden möchte. In einer solchen Atmosphäre gestaltet sich das Gespräch mit der Politik und den Politikern als schwierig, vor allem auf der Bundesebene.

In den Ländern herrscht vielfach eine andere Atmosphäre. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen beispielsweise strebt sehr stark in Richtung Politikberatung, insbesondere auf der kommunalen Ebene. In Berlin wird der Steuerzahlerbund zwar zu Anhörungen der Ausschüsse des Parlaments eingeladen, doch ein intensives Gespräch mit der Politik und den Akteuren in den Fraktionen und Ministerien findet nicht statt. Für eine solche Auseinandersetzung in der Sache sind die Ausschüsse auch nicht die geeignete Plattform. „Laute“ und „leise“ Instrumente der Politikbeeinflussung passen nicht zusammen, vor allem dann nicht, wenn sie von ein und derselben Person benutzt werden. Sie sind schwierig zu vereinbaren, wenn wichtige Themen kampagnenmäßig über die Bild-Zeitung auf die Agenda gesetzt werden. Der Steuerzahlerbund ist daher auch zu einem Gefangenen seiner eigenen Medienstrategie geworden. Für die Politik ist er ein reiner Verband der Öffentlichkeit, mit dem man sich nicht mehr vertraut unterhält, weil hinter jedem Gespräch eine Kampagnendrohung steht.

52 Süddeutsche Zeitung, 10.07.2007.

53 manager-magazin.de, 25.09.2001 (www.manager-magazin.com/unternehmen/artikel/0,2828,159270,00.html).

Nachlassende Schlagkraft

In der Summe führen die einzelnen Faktoren (Medienarbeit, interne Organisation, Mitglieder, Zustand des Karl-Bräuer-Instituts, Däkes Gehaltsaffäre usw.) dazu, dass viele eine nachlassende Schlagkraft beim Steuerzahlerbund feststellen. Insgesamt ist für Interessengruppen die Arbeit unter den Bedingungen der Großen Koalition schwieriger geworden. Doch auch generell ist das Klima in der Politik rauer geworden, und die Politiker haben sich an die medialen Attacken gewöhnt. In der Gesamtschau agiert der Steuerzahlerbund heute sehr defensiv, gerade wenn man die Ausgabenprogramme der Bundesregierung in den letzten beiden Jahren in den Blick nimmt, die für den Verband traditionell Anlass zur Kritik bieten müssten.

Der Verlust an Durchschlagskraft ist aber nicht nur das Ergebnis von äußeren Faktoren und Einflüssen, sondern hängt auch mit dem inneren Zustand des Verbandes zusammen. Auf jeden Fall hat sich die erhoffte Zunahme der Schlagkraft durch den Umzug nach Berlin im Jahr 2005 nicht eingestellt, eher im Gegenteil: Der Verband erlitt personelle Verluste, die er bis heute nicht ausgleichen konnte, wohl auch, weil er kein erfahrenes Personal findet bzw. nicht bezahlen kann.

Veraltetes Selbstverständnis

Der Steuerzahlerbund steht mit seiner Kritik an der Politikfinanzierung und beim Protest gegen zu hohe Abgeordnetendiäten nicht mehr alleine. Lobby Control, Transparency International und Abgeordneten-Watch sind gleichfalls in diesem Bereich aktiv. Zudem sind dies zivilgesellschaftliche Organisationen, die für den Steuerzahlerbund Modell sein könnten, ein ansprechenderes Image und eine modernere NGO-Struktur zu entwickeln. Teilweise wurden mit der Volksinitiative in Nordrhein-Westfalen Schritte in diese Richtung unternommen. Dies würde aber gleichzeitig nach sich ziehen, dass der Verband seine Strukturen umbaut, die Governance-Struktur verändert und sich auch neuen Themen zuwendet. Gegen diesen Schritt in Richtung einer zivilgesellschaftlichen Organisation steht die Mitgliederstruktur, aus der trotz aller Bekundungen der Gemeinwohlorientierung und der Vertretung der Interessen aller Steuerzahler eindeutige Signale für die Verfolgung bestimmter Interessen kommen.

Der Steuerzahlerbund verhält sich teilweise wie eine Pressure Group, die sich die Verschlinkung des Staates zum Ziel gesetzt hat. Lobbying für eine Interessengruppe, die Allgemeininteressen vertreten will, hat bestimmte Voraussetzungen, die der Steuerzahlerbund bei den erfolgreichen Nonprofit-Organisationen studieren könnte.

Steuersenkung und Steuervereinfachung reichen als Ziele nicht mehr aus

Der Steuerzahlerbund hat es verpasst, sich über Steuersenkung und -vereinfachung hinaus mit einer modernen Konzeption der Besteuerung zu profilieren. Von ihm ist wenig zum Thema Steuergerechtigkeit zu hören, außer einem plakativen Bekenntnis dazu. Aussagen dazu müssten alle Schichten der Gesellschaft miteinbeziehen und auch eine Konzeption der gleichmäßigen Besteuerung beinhalten. Die Lösung für das Problem der Steuerflucht kann nicht allein in niedrigeren Steuersätzen liegen. Beim Steuerzahlerbund gibt es wenige Begründungen dafür, dass es sinnvoll sein könnte, Steuern zu erheben, um damit öffentliche Güter zu finanzieren. Das Thema öffentliche Güter oder öffentliche Aufgaben taucht in den Argumentationen des Steuerzahlerbundes gar nicht auf, ebenso wenig das Thema Gender-Budgeting, das gerade für die kommunalen Haushalte von wachsender Bedeutung ist. Für fundamental wichtige Themen des Steuerstaates, z.B. die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, die im Zuge der Föderalismusreform II diskutiert werden, reichen die Kapazitäten des Steuerzahlerbundes nicht aus.

Der Steuerzahlerbund wird daher nicht ganz zu Unrecht vorgehalten, ein etwas „schlichtes Weltbild“ zu pflegen: Steuern sind schlecht, und ihre Abschaffung oder Senkung ist gut.

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen oder Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßig Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem 14tägig erscheinenden Infodienst „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin „Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen“ informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der Homepage www.boeckler.de bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefax: 02 11/77 78-225
www.boeckler.de

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

